

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,00 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1898 unter Nr. 7676. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Erscheint täglich außer Montagen.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolonellen oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen, sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inzerate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 3 Uhr vormittags geöffnet.

Kernsprecher: Amt 1, Nr. 1508.
Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Sonnabend, den 18. Juni 1898.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Die Stimme des Volkes in der Reichstagswahl.

Noch liegen die Ergebnisse der Hauptwahl nicht vollständig vor, und da in der Hälfte, nach einigen Schätzungen sogar in der größeren Hälfte der Wahlkreise eine absolute Mehrheit nicht vorhanden ist und Stichwahlen vorzunehmen sind, so ist es unmöglich, auch nur ein annäherndes Bild des Reichstags, der aus diesen Wahlen hervorgehen wird, zu entwerfen. Immerhin ist der Wille des Volkes durch die Abstimmung des 16. Juni so scharf zum Ausdruck gekommen, daß — mögen die Stichwahlen ausfallen wie sie wollen — in bestimmten, und zwar in den wichtigsten Streitpunkten und Fragen über den Willen des Volkes ein Zweifel nicht obwalten kann.

Die weitaus größte Partei in Deutschland ist nach wie vor, und in höherem Maße als zuvor, die Sozialdemokratie. An dieser Thatsache ist nicht zu rütteln.

Diese Thatsache bedeutet aber eine klägliche Niederlage der Reichsregierung, die, unfähig, sich der Junter zu erwehren, diesen zu Liebe die Vernichtung der ihnen aus guten Gründen besonders verhassten Sozialdemokraten zur Wahlparole gemacht hat.

Wohlan, diese Wahlparole ist an der eisernen Disziplin und dem zornigen Kampfesmut der deutschen Sozialdemokratie elend zu schanden geworden, und gleich den geschlagenen Parteien, denen sie Liebesdienste erweisen wollte, ist auch die Regierung geschlagen.

Geschlagen und zerschlagen sind die Konservativen aller Schattierungen mit sammt dem Bunde der Landwirthe und dessen groteskem Anhängsel: dem an Halstaff's „Steileinene“ erinnernden Trupp der Antisemiten. Trupp, nicht Truppe. Der ganze Vorstand des Bundes der Landwirthe: der verunglückte Börsenspekulant Herr v. Plöb, der Dr. Köstke (nicht zu verwechseln mit dem ehrenhaften „Bild“-Freisinnigen des gleichen Namens) und der große Hahn: Diederich Hahn — kurz der Gesamt-Vorstand der Thomas-Phosphatmehl-Gesellschaft steckt in der Stichwahl. Und besagte Wieder-männer müssen froh sein, wenn es ihnen gelingt, ein Reichstags-Mandat zu ergattern, das ihnen zeitweiligen Schutz gegen den Staatsanwalt gewähren würde, falls derselbe — was kaum zu umgehen — die Anklage wegen Betrugs und gröblicher Bauernfängerei erhebt.

König Stumm, der neue König im sozialen Reich, ist in Stichwahl; Ledchow, der parlamentarische Führer der Konservativen, in Stichwahl, Paasche in Stichwahl — kurz erbärmlich geschlagen und zerschlagen.

Und das „Volk“ wollte die Sozialdemokratie „vernichten“!

Nicht viel besser als den „Sammelgesellen“ des Herrn Miquel ist es den freisinnigen Fraktionären ergangen, die zusammen in der Hauptwahl nur einen einzigen Kandidaten durchgebracht haben, und nicht einmal zu so vielen Stichwahlen gelangt sind, als sie im alten Reichstage Mitglieder zählten.

Das Zentrum scheint im wesentlichen seine alten Sitze behauptet zu haben. Fortschritte hat es indeß jedenfalls nicht gemacht — eher umgekehrt. Fortschritte zu verzeichnen hat nur die Sozialdemokratie. Und diese Fortschritte, insbesondere die gewaltige Zunahme der Stimmenzahl, fallen um so schwerer in die Waagschale, weil die heutige Reichstagswahl eine sehr ruhige war und die Wahlen lange nicht so aufregte wie frühere Wahlen. Es ist gewiß, daß Herr Miquel und der Reichskanzler Fürst Hohenlohe, die sonst nicht oft einig sind, sich dahin geeinigt hatten, das Volk während des Wahlfeldzugs nicht zu reizen — ein sehr weiser Entschluß. Die Ordre ist befolgt worden, und hat es auch nicht an mancherlei Eingriffen in die Wahlfreiheit gefehlt, so haben die Behörden sich doch diesmal reservirt gehalten, als bei irgend einer früheren Wahl. Der bekannten Arbeit im Stillen vermittelt des Verwaltungsapparats hat das allerdings keinen Abbruch gethan. Die Thatsache steht aber fest: und die Wahlziffern bezeugen, daß der Zweck dieser Taktik der Zurückhaltung auch im allgemeinen erreicht worden ist, denn in der Wahlkampagne herrschte unlegbar eine gewisse Sanftmuth.

Nur bei einer Partei verding die Taktik nicht, und das gerade bei der Partei, auf welche sie in erster Linie berechnet war: bei der Sozialdemokratie.

Die Sozialdemokratie bedarf keiner künstlichen Aufstachelung. Wir marschiren unserem Ziele zu und haben unsere feste Marschroute, die wir befolgen, mögen die Feinde uns gewähren lassen oder uns gewaltsam Hindernisse zu bereiten suchen. Läßt man uns gewähren, so marschiren wir

vortwärts. Und wirft man uns Steine in den Weg, so räumen wir sie fort und — marschiren vortwärts.

Vortwärts, immer vortwärts, ist die Lösung. Sie war es bei der Hauptwahl, sie wird es bei den Stichwahlen sein.

**Nummer vortwärts!
 Und nieder mit dem Feind!**

„Auf zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie!“

Das ist die Parole, mit der anscheinend alle bürgerlichen Parteien in die Stichwahl ziehen. Der glänzende Erfolg der „Umstürzler“ übertrifft alle Erwartungen, die Angst ist unseren Gegnern in die schlotternden Gebeine gefahren, sie wissen nicht aus noch ein und verbinden sich zum gemeinsamen Kampfe gegen die Sozialdemokratie. In ihrer Verblendung merken sie garnicht, daß sie sich selbst am meisten schaden, und namentlich die Freisinnigen werden, wenn sie die von der „Freisinnigen Zeitung“ bekant gegebene Schwadertatil befolgen, die schwere Schuld auf sich laden, daß sie wie in früheren Jahren, so auch diesmal die Reaktion stärken, lediglich um einige Mandate zu ergattern. Schon jetzt haben die freisinnigen Mannesgeelen in Bromberg einem Reaktionsär vom reinsten Wasser, dem Regierungspräsidenten v. Tiedemann, zum Siege verholfen, weil ihnen die Konservativen als Entschädigung für ihren Vollsverrath ein Landtagsmandat versprochen haben. Das läßt einen Schluß zu auf das, was das Volk von diesen Leuten zu erwarten hat.

Die offiziös ausgegebene Parole lautet: „Nachdem die gestrige Hauptwahl den bürgerlichen Parteien Gelegenheit gegeben hat, die besorgte Parteirichtung eines jeden Wählers zum Ausdruck zu bringen, wird es bei den zahlreichen Stichwahlen, an denen die Sozialdemokratie theilnimmt, ein politische Pflicht aller Parteien sein, welche Staat und Gesellschaft erhalten wollen, ihre Stimmen auf diejenigen Kandidaten zu vereinigen, welchen ein Sozialdemokrat gegenübersteht.“

In völliger Uebereinstimmung mit dieser Parole schreibt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, daß für reichstreue Wähler nicht der geringste Zweifel obwalten darf, daß sie unter allen Umständen gegen den Sozialdemokraten ihre Stimme abzugeben haben. Je größer die Erfolge des revolutionären Sozialismus seien, „umso mehr müssen Pflicht und Gewissen uns anspornen, dem Anwachsen des parlamentarischen Sozialismus in geschlossener Frontstellung zu begegnen. Konservative, Freisinnige und Zentrumsmänner haben das gleiche Interesse an einer gegenseitigen Unterstützung, um den gemeinsamen Gegner niederzuzwingen.“ Auch die „Kreuz-Zeitung“ sucht alle reichstreuen Wähler — und zu den Reichstreuen gehören jetzt plötzlich auch die früheren Reichsfeinde, die Freisinnigen und die Zentrumsmänner — zum gemeinsamen Angriff zu sammeln. „Mag es dem Einzelnen auch eine noch so große Ueberwindung kosten, einem Kandidaten, den er bis gestern bekämpft hat, am Stichwahlstage seine Stimme zu geben: es muß geschehen! Man denke dabei daran, daß man nicht für den mißliebigen Kandidaten, sondern gegen die Sozialdemokratie stimmt!“ — Und in ganz ähnlichem Sinne äußern sich die Miquel-offiziösen „Neuen Vol. Nachr.“ „Wo es gilt, die Wahl eines sozialdemokratischen Abgeordneten zu verhindern, müssen jetzt alle Fraktionsinteressen zum Schweigen gebracht werden.“

Daß der Ruf zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie auch bei den Nationalliberalen auf das größte Entgegenkommen stoßen würde, war von vornherein vorauszusehen. Selbst die auf dem linken Flügel des Nationalliberalismus marschirende „National-Zeitung“ fordert alle Parteien auf, in der Stichwahl gegen den Sozialdemokraten zusammenzuhalten.

Die Konservativen und die Nationalliberalen sind also ein Herz und eine Seele, das frühere Kartell hat wieder eine Aufgabe, der es sich mit vereinten Kräften widmen kann. Nicht ganz so sicher sind die „Sammeler“ der Zustimmung der Freisinnigen. Denn während ein Theil von ihnen mit recht darauf hinweist, daß in erster Reihe die agrarische Gefahr das Verhalten der Wähler bei den Stichwahlen beeinflussen muß, stellt das „Berliner Tageblatt“ in Uebereinstimmung mit dem Junterorgan die Sozialdemokratie als den Feind hin, „der durch seine verhängnißvollen Massenverlockungen der bürgerlichen Freiheit an und für sich das Grab gräbt“. Jetzt handle es sich nicht mehr um diese oder jene wirtschaftspolitische Richtung, sondern nur noch um die Sicherung der Fundamente des Deutschen Reiches.

Wird die Ansicht des „Berliner Tagesblatts“ bei den freisinnigen Wählern sich Bahn brechen? Wir hoffen es nicht, denn so viele Beispiele von freisinniger Rücksichtslosigkeit wir auch schon erfahren haben, für so tief gesunken halten wir die Freisinnigen denn doch nicht, daß sie auch den letzten bescheidenen Rest freisinnigen Denkens und Handelns opfern und geschlossen in das Lager der Reaktion einziehen. Das fühlen auch die Reaktionsäre selbst, und deshalb suchen sie, um die Gunst der Freisinnigen zu buhlen. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, die bisher stets Freisinn und Sozialdemokratie in einen Topf geworfen hat, entdekt plötzlich — nicht ohne einen leisen Anflug von Hohn —, daß selbst in den Kreisen des radikalen Liberalismus, welcher früher häufig mit den Sozialrevolutionären siebängelte, in der jüngsten Zeit die Erkenntniß in erfreulichem Maße gewachsen sei, daß die Sozialdemokratie trotz vereinzelter Mauerungssymptome der unversöhnliche Feind unserer Staats- und Gesellschaftsordnung

sei. Sie weist auf die „ehrenvolle Mission“ hin, die der freisinnigen Volkspartei in Berlin zugefallen sei und hält ihr vor, daß sie aus eigener Kraft die zur Stichwahl stehenden sozialdemokratischen Kandidaten Berlins nicht schlagen kann. „Sie muß von allen anderen bürgerlichen Parteien eifrig unterstützt werden, nicht allein durch passives Zuschauen, sondern durch thatkräftiges Handeln. Das rothe Banner des revolutionären Sozialismus, welches bisher über dreien dieser Wahlkreise aufgepflanzt war, kann niedergeholt werden, wenn alle nichtsozialdemokratischen Wähler Berlins sich zusammenschließen. Und diesem Ziele müssen alle reichstreuen Wähler unter Hintansetzung ihrer sonstigen nationalen oder konfessionellen Unterschiede zustreben. Gelingt es, in Berlin der Umstürzpartei eine empfindliche Niederlage zuzufügen, so ist hiemit für die Gesundung unserer politischen Verhältnisse ein Erfolg eingeleitet, der seine Wirkung weit über die Reichshauptstadt hinaus erstrecken muß. Dazu gehört aber freilich, daß die in Berlin bei der Hauptwahl unterlegenen bürgerlichen Parteien mit dem ganzen Aufgebot ihrer Wahlmittel für die Kandidaten der freisinnigen Volkspartei eintreten.“

In Einklang damit suchen auch die Schweinburg'schen „Polit. Nachr.“ den Freisinnigen Heng und Maul zu schmieren:

„Es mag angeichts des ganzen Verhaltens der den Befungen Eugen Richter's folgenden Partei für viele tausende und zehntausende von Wählern schwer sein, im Stichwahlgange ihre Stimme zu gunsten von Bewerbern, welche der freisinnigen Volkspartei angehören, abzugeben, allein es muß hier doch in Rücksicht gezogen werden, daß, wie schon hervorgehoben, die freisinnige Volkspartei gegenüber der Sozialdemokratie immerhin das kleinere Uebel darstellt. Da die freisinnige Volkspartei behauptet, auf dem Boden der Monarchie, sowie der jetzigen Staats- und Gesellschaftsordnung zu stehen, so darf füglich von ihren Anhängern erwartet werden, daß sie auch ihrerseits überall da, wo ein Sozialdemokrat gegen einen monarchisch gesinnten Kandidaten in die Stichwahl kommt, für letzteren stimmen.“

Die „Kreuz-Zeitung“ ist allerdings etwas vorsichtiger, sie traut den Freisinnigen nicht zu, daß sie irgendwo geschlossen für die bisher so heftig bekämpften Junter und Agrarier stimmen, sondern daß sie unter der Hand freundliche Beziehungen mit der Sozialdemokratie anknüpfen werden, und sie droht für diesen Fall, den Freisinnigen in Berlin die Unterstützung der Konservativen zu entziehen. Nicht ganz so grausam ist das Organ des Reichserrn v. Stumm, die „Post“, in der der bekannte geheimräthliche Feilschänder sein Unwesen treibt. Dies Blatt legt sich aufs Handeln und schlägt der Parteileitung der Freisinnigen Volkspartei ein Abkommen vor, wonach diese in gewissen Wahlkreisen die Sammelbrüder gegen die Sozialdemokratie zu unterstützen sich verpflichten soll, wofür in anderen Kreisen den Freisinnigen die Unterstützung der Sammelbrüder gegen die Sozialdemokratie zufallen würde. Das Geschäft soll Zug um Zug erfolgen; auf der Grundlage von Leistung und Gegenleistung; sollte sich die Parteileitung der Freisinnigen Volkspartei weigern, auf diesen Vorschlag einzugehen, so müsse ein Exempel statuirt und, trotz der Ordre des Posadowsky'schen Wahlbrieves, der Freisinnigen Volkspartei jede Unterstützung gegen die Sozialdemokratie entzogen werden.

Mit recht weist die demokratisch angehauchte „Berliner Zeitung“ eine solche Zumuthung als Verleumdung zurück und betont, daß die Parteileitung, falls sie sich auf diesen schmählichen Anshandel einlassen sollte, zweifellos von den Wählern im Stich gelassen würde.

Bei den Stichwahlen muß für uns die Parole „Gegen die Junter“ erst recht zur Richtschnur gemacht werden. Man vergesse auch nicht, daß in nicht wenigen Wahlkreisen der Freisinn auf die Wahlhilfe der Sozialdemokratie angewiesen ist und daß diese sich, falls sich der Freisinn gegen sie „sammeln“ ließe, sich unliebsam veranbahnen könnte.“ Mit diesen Worten thut uns die „Verl. Ztg.“ freilich unrecht, denn so thöricht sind wir nicht, daß wir für unser Verhalten bei den Stichwahlen das Verhalten der Gegner in anderen Kreisen zur Richtschnur nehmen. Für uns bleibt es da, wo wir nicht selbst in die Stichwahl gekommen sind, nur eine Parole, und die lautet: „Schwächung der Reaktion um jeden Preis“. Den Dank der bürgerlichen Parteien begehren wir nicht.

Ob aber die Parteileitung der freisinnigen Volkspartei nicht doch auf den ihr angebotenen schmählichen Anshandel eingehen wird? Der Beschluß des Nürnberger Parteitages legt diese Vermuthung sehr nahe, und ihr Verhalten bei den letzten Wahlen hat deutlich gezeigt, daß sie in dem Junter einen weniger gefährlichen Gegner erblickt, als in dem Sozialdemokraten. Allerdings würde sie mit einer solchen Taktik in ihren eigenen Kreisen vielfach auf Widerstand stoßen, denn in durchaus richtiger Würdigung der Sachlage schreibt schon jetzt die links stehende „Volks-Zeitung“:

„Für jeden wirklich freisinnigen Mann giebt es nur eine Erkenntniß aus der Situation heraus: die Nothwendigkeit der Fortsetzung des Kampfes gegen die Reaktion an der Seite der Sozialdemokratie. Auch die Sozialdemokratie verschleßt sich dieser eisernen Nothwendigkeit nicht. Sie wird überall die freisinnigen Kandidaten gegen die Reaktion unterstützen. Wo Freisinn und Sozialdemokratie untereinander in Stichwahl stehen, mögen sie den Kampf eifrig und tapfer ausfechten. Wo aber einer der beiden Theile gegen die Reaktion engagirt ist, da heißt es Schulter an Schulter kämpfen, damit den reaktionären Parteien, unter welchem Sondernamen sie auch ihr politisches Gewerbe der Vollsverdrummung und Vollsnebelung betreiben, die wohlverdiente Züchtigung zu theil werde.“

Das ist wenigstens offen und ehrlich gesprochen und wird bei den anständigen Freisinnigen einen lebhafteren Widerhall finden, als das widerliche Zukreuzziehen des „Verl. Tagesblatt“ oder die zwei-

deutige Haltung der „Freisinnigen Zeitung“, welche die Auslassungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ und der „Kreuz-Zeitung“ ohne jeden Kommentar abdruckt. Aber mögen nun die Freisinnigen mit fliegenden Fahnen in das Lager der Reaktion ziehen oder mögen sie für die Sozialdemokratie eintreten, wir dürfen uns dadurch in unserem Verhalten nicht irren lassen. Unser Weg ist klar vorgezeichnet, wir wissen, daß wir uns auf unsere eigene Kraft verlassen haben, wir verschmähen jede Schacher- und Kompromißpolitik und handeln so, wie es uns die politische Situation gebietet.

Die Erfolge des 16. Juni führen uns an zu neuem, mühsamem Kampfe. Wir werden dafür sorgen, daß der 24. Juni sich dem 16. Juni würdig anreicht und daß die Sammlung der Riquel und Rosadovsky glänzend glückt. Wie in die Hauptwahlen, so ziehen wir auch in die Stichwahlen mit dem Ruf:
Rieder mit der Reaktion!
Rieder mit den Volksausbeutern und Volksunterdrückern!

Hoch das internationale Proletariat!

Wahlergebnisse.

Nach den bis jetzt vorliegenden Resultaten hat die sozialdemokratische Partei im ersten Wahlgang den Konservativen den Wahlkreis Hannau, den Nationalliberalen Stuttgart, der freisinnigen Volkspartei Rudolstadt und der freisinnigen Vereinigung Lübeck abgenommen. Dagegen haben wir Limbach-Mittweida und Strassburg an das Kartell und Reichenbach-Neurode an das Zentrum verloren.

In Kiel stellt sich das Resultat folgendermaßen: Legien 19.868, die Gegner zusammen 20.000. Es ist mithin Stichwahl nötig zwischen Legien und Prof. Hähnel R.

Wie schon berichtet, ist in Saalfeld unser Parteigenosse Reichhand gewählt. Die Majorität beträgt 1000 St.

Die schon als gewählt gemeldeten Genossen Kunert und Raden sind in die Stichwahl gekommen. Es fehlte in beiden Kreisen eine sehr geringe Stimmenzahl an der absoluten Majorität.

Gewählt: Zentrum.

Provinz Preußen.

Altenstein-Rößel: Probst Herrmann.
Braunsberg-Heilsberg: Krebs.

Schlesien.

Glatz-Gabelschwerdt: Hartmann.
Gr. Strehlig-Rosel: Glowatzky.
Kattowitz-Jabrze: Letocha.
Reichen-Larnowitz: Dr. Stephan.
Rallenberg-Grottau: Hubrich.
Neustadt: Strzoda.
Frankenstein-Münsterberg: Langer.

Westfalen.

Lüdinghausen-Beckum: Wallendorf.
Lippstadt-Brilon: Schwarze.

Rheinprovinz.

Rhin-Land: Ringen.
Euskirchen-Bergheim: Dreuer.
Neuwied: Bender.
St. Goarshausen-Rentabaur: Dr. Lieber.
Schleiden-Nalmedy: Prinz Arenberg.

Baden.

Bonnborn-Donauschingen: Schuler.

Bayern.

Neuenburg: Wylsberger.
Passau: Dr. Wähler.
München: Gerstenberger.
Dillingen: Dr. Jäger.

Württemberg.

Kalen-Elwangen: Hofmann.

Gewählt: Konservative.

Preußen.

Provinz Brandenburg.

Prenzlau-Angermünde: v. Angermünde.
Caulau-Ludau: Henning.
Ostprignitz (2. Potsdam): v. Dallwitz.

Provinz Pommern.

Ragnit-Willkallen: Graf Kanitz.
Heiligenbell: v. d. Groeben-Arenstein.
Angerburg-Löwen: v. Staudy.
Justerburg: Meng.
Rastenburg-Gerdauen: Graf Kinkowström.
Gr. Holland-Rohrungen: Graf Dohna-Schlodien.
Stallupönen-Goldap: v. Sperber.
Dyelo-Bhl: Graf Stolberg.

Pommern.

Greifenberg-Rammin: Normann.
Neustettin: v. Bonin.
Raugard-Regenwalde (8. Stettin): v. Demig.

Schlesien.

Kreuzburg-Rosenberg (1. Oppeln): Fürst Hohenlohe-Dohringen.

Provinz Sachsen.

Aschersleben-Stendal: Simburg.
Meklenburg-Schwerin.
Maltzin-Baren: v. Maltzin.

Thüringische Staaten.

Sachsen-Altenburg: v. Plöden.
Königreich Sachsen.
Döbeln: Hauffe.

Elbsaß-Lothringen.

Saarzemünd-Forbach: Baron Schmid.

Gewählt: Bauernbund.

Bayern, Teggenhof: Rasinger.

Gewählt: Polen.

Posen, Wahlkreis 4. Pul-Kosten. Cegielski P gewählt.
Posen, Wahlkreis 5. Kröben. Fürst Garkorsky P wiedergewählt.
Posen, Wahlkreis 8. Breschen-Pleschen. Dr. von Dziedonicki-Pomian P.
Posen, Wahlkreis 10. Adelnau-Schildberg. Fürst Radziwill P wiedergewählt.
Pommern, Wahlkreis 4. Inowrazlaw-Mogilno. Krzyminski P 5120, v. Schlichting R 4085, Morawski S 450 St.
Danzig, Wahlkreis 5. Berent-Pr. Stargard. Neulauer P gewählt.
Kroschitz. 9. Posen. Dr. Jadzewski.
Pommern, 5. Gnesen. v. Komierowski.

Gewählt: Nationalliberale.

Illenburg-Herborn (Hessen-Kassau): Hofmann.
Wals, Homburg: Rlv.

Gewählt: Antisemiten.

Freiklar-Domburg: Liebermann v. Sonnenberg.
Hinterhof-Geismar: Dr. Vielhaben.

Gewählt: Reichspartei.

Jülich-Groffen: Dr. Beer.
Jabern: Dr. Höffel.
Stuhm-Marientwerder: Witt.

Gewählt: Elsässer.

Melsheim-Erfeln: Desjor.
Ulrich-Thann: Winterer.
Saarburg-Salzberg: Rühlh.

Stichwahlen.

Sozialdemokraten und Zentrum.

Mainz-Oberheim 9. Hessen. David S 10225, Schmitt S 7427, Dettweiler R und Freistm 4343. Zwei Orte fehlen noch.
Löffeldorf. Schreiber D 2347, Groß R 4010, Kirch J 15 106, Grimpe S 10 550. Wenige Landbesitzer fehlen noch.
Kronach. 4. Oberfranken. Scherm S und Bräcker J.
Reg. 11. Elbsaß-Lothringen. Verichtigung. Stichwahl zwischen Pierson J mit Martin S, nicht, wie zuerst gemeldet, mit Hoffmann R.
Vochum. 5. Arnberg. Bis jetzt Franken R 28254, Fuchs J 28 051, Lehmann S 20 304 Stimmen. Ausstehende Bezirke ändern nicht am Ergebnis. Stichwahl zwischen Franken R und Fuchs.
Wiesfeld-Wiedenbrück. 8. Minden. Humann J 8483, Ulrich S 8021, Bartsch R 7831, Dufendiel Christl. Soz. 1790.

Sozialdemokraten und Konservative.

Halle-Saalkreis. Keller R 800, Schmidt R 8241, Dugend (konservativ-nationalliberal-agrarischer Wischmisch) 8810; bürgerliche Parteien zusammen 17 851. Kunert S 17 831 Stimmen. Stichwahl zwischen Kunert und Dugend.
Rein-Weiskensfeld. 8. Merseburg. Thiele S 14 035, Kartell 11 220, Freistm 3092.
Heilbronn. 3. Württemberg. Kistler S 6718, Hegelmaier v. d. L. 6089, Schmidt D 4931, Gröber J 2343.
Kaiserlautern. 6. Pfalz. Clement S 4908 (2525), Rösche v. d. L. 6072, Lindde D. 4181 (4888 S), Baumann J 2808 (2551), Baum R 843 (9045).
Warburg-Elbing. 1. Danzig. Storch S. und v. Puttlamer-Blauth R.
Blauen-Deisnig. 23. Sachsen. Gerisch S 9830, Zeidler R 11 581, Schworz Bg 2058.
Ludewalde. 9. Potsdam. Ewald S 8909, Komf. 5731, Freistm 5822. Es fehlen noch Ortschaften aus.
Sangerhausen. 6. Merseburg. Simon S 8730 (3361), Komf. 7104 (R. 10 321), NB. 2009 (3555), Rat.-S. 3064.
Lobau-Wehlau. 2. Königsberg i. Pr. Haase S und v. Massow R.

Sozialdemokraten und Deutsche Reichspartei.

Schwabe-Schmalldorf. 4. Kassel. Hug S. 5247 (3768), v. Christen R 3439 (4250), Helf freif. 3072 (2844), Jekant R 2400 (3800).
Ehlingen. 5. Württemberg. Schlegel S und v. Gef R.

Sozialdemokraten und Nationalliberale.

Samen-Sprünge. 9. Hannover. Wren S 7520 (6943), R 6317 (5421), B 4453 (4911), Mittelstandsparteien 2533.
Spener-Ludwigshafen. 1. Pfalz. Erhart S. 12 400, Weichersheimer R und v. d. L. 9700, Dr. Eiben J 6000.
Stade. 18. Hannover. Besching S und Dr. Sattler R.
Schwerin-Wismar. 2. Mecklenburg. Groth S und Wasing R.
Friedberg-Wüdingen. 2. Hessen. Prinz S und Graf Oriola R.

Sozialdemokraten und Freisinnige Parteien.

Ohrlig-Lauban. Keller S 11 736 (7585), Lüders R 11 390 (14 569), Schlaby R 9431 (9631), Porck J 928 (181).
Barchin-Ludwigslust. 3. Mecklenburg-Schwerin. Große S Bachmide R.

Sozialdemokraten und Welsen.

Hildesheim. (10. Hannover.) B 6845, R 4220, v. d. L. 5374, Freistm 470, Rauch S 6004. Es fehlen noch 9 Ortschaften.

Bürgerliche Parteien.

Brandenburg.

Frankfurt a. O. Stichwahl zwischen dem bisherigen Vertreter Schönau-Carolath R. und v. Heydebrand R., nicht Meyer R, wie zuerst gemeldet war.
Kronwalde-Friedeberg. Ring R und Hlwardt R.

Pommern.

Pyritz-Saargig. 5. Stettin. Zwischen v. Plöy R. d. L. und Masow R.
Thorn-Kulm. 4. Marienwerder. Zwischen Graumann R. und v. Czarlinski R.

Deutsch-Krone.

8. Marienwerder. Zwischen Camp R und Dredow R.
Luerfurt-Merseburg. Kenbarth R. und Ritter R.
Danzig-Land. Dörchen-Bosch R. und Biall-Langenau J.

Schlesien.

Oblau-Nupisch (5. Breslau.) Zwischen Kether-Sagen R. und Bornide J.
Landshut-Jauer. 7. Pommern. Schütz R. und Dr. Hermes R.

Hessen.

Frankfurt-Rüssel (6. Posen.) Stichwahl zwischen Frhr. v. Secher-Hof R. und Tsch J.
Hannover.

Hannover.

Murich. Stichwahl zwischen Kruse R. und Meyer R.
Celle-Gifhorn. 14. Hannover. Zwischen Grothe R. und v. Hammerstein R.
Niedow-Nelzen. 15. Hannover. Graf Bernstorff R. und Puttlaren R.

Westfalen.

Wald. Zwischen Müller R. und Jant L.
Weener-Reer. 1. Hannover. Franzius R 6725, Graf Ju und zu Kniphhausen v. d. L. 5701, Hug S 702 St. Stichwahl zwischen Franzius R. und Graf Ju und zu Kniphhausen.

Provinz Hessen.

Berfeld-Rothenburg. 6. Kassel. Zwischen Werner R. und Lieber J.
Westfalen.

Mittelelbe.

Alten-Heerloh. 3. Arnberg. Lenzmann R. und Rölle R.
Bersford-Halle i. W. 2. Minden. Quentin R. und Weihe R.
Rheinprovinz.

Weser-Aller.

1. Koblenz. Minteln J. und Krämer R.
Kreuznach-Simmern. (4. Koblenz.) Zwischen v. Gumb R. und Graf Hompech J.
Cittweiler-St. Wendel. Stichwahl zwischen v. Stamm R. und Hille J.

Elbsaß-Lothringen.

Strassburg, Land. Stichwahl zwischen Vostetter R. und Haus J.

Weitere Wahlergebnisse.

Im Kreise Noldenheim (7. Elbsaß-Loth.) ist nicht Freiherr Jörn v. Sulach R. sondern Desjor demok.-liberal gewählt.
In Randow-Greifenhagen wird entgegen der erst lautenden Meldung berichtet, daß v. Rantouff R. gewählt ist.
Grünberg-Freistadt. 1. Pommern. Bis jetzt Stolpe S 3143 (1985), Mündel R 6524 (7657) Georg v. Carolath R 6041 (7291).
Remel-Heidekrug. Zwischen Graf Waldersee R. und Smalakis (Lithauer).

Essen. Stöckel J siegte über Krupp R. Krupp erhielt 27 550, Stöckel 30 104 Stimmen.

Düren. Wahlkreis Düren-Jülich. Graf Hompech J 5399, Wesel S 555. Von 62 Ortschaften sieht das Ergebnis noch aus, jedoch ist die Wahl des Grafen Hompech gesichert.

Baderborn. Hesse J mit großer Mehrheit gegen Winkelmann (kathol. Landw.) gewählt.

Wahen. Wallenberg J gewählt.

Hamm. Stichwahl im Wahlkreis Hamm-Soesf zwischen Bören J und Schulze-Steinen R.

In Regensburg ist v. Lama J nicht gewählt, sondern kommt in Stichwahl mit Meyer (Bauernbund).

Weitere Privatdepeschen.

Königsberg i. Pr. Nach konservativer Fählung aussichts-volle Stichwahlen zwischen Sozialdemokraten und Konservativen in Königsberg Land, Remel-Heidekrug, Labiau-Wehlau. In allen ostpreussischen Wahlkreisen trotz schlimmster Beeinflussungen und Ungeheuerlichkeiten tiefes Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen.

Berlin, 17. Juni. 9.30 abends. Bisher sind 339 Wahlergebnisse bekannt, davon 34 konservativ, 6 Reichspartei, 71 Zentrum, 4 Reformpartei, 6 Nationalliberale, 2 freisinnige Vereinigung, 32 Sozialdemokraten, 11 Polen, 1 Däne, 7 Wilde, 105 Stichwahlen.

Frankfurt-Leub. Endresultat: Meiner S 9900, Liberal 5597, Konservativ 8887.

Landsberg-Soldin. R 9381, J 4898, Pögel S 4679. 9 Orte fehlen noch.

Königsberg i. d. Neumark. (Amliches Resultat.) Lebehov 7069, Berner 2743, Wed 979, Börle (Sozialdemokrat) 3538.

Brenzau-Angermünde. v. Winterfeld R. erhielt 7055, Thierbach S. 2353, Wöcker R 1154, Radmide R 839, 522.

West-Prignitz. Wehl 2200, Wohlfahrt 1500, Stubbenhof 5000, Schulz 3600. Antisemit gegen Reichwahl 1897 um 400 abgenommen, konservativ 1250, freisinnig 900 gegen 1893 abgenommen, Sozialist 400 zugenommen. Sehr flane Beteiligung.

Ostpreußen. (Nach der „Kreuz-Ztg.“) Bisheriges Wahlergebnis, Remel-Heidekrug: Graf Waldersee R 4772, Ritter R 2099, Smalakis, Lithauer, 2719, Braun S 2902. — Sensburg-Ortelburg: v. Quis R 7169, Lewandowski P 5639, Haase S 292. — Tilsit-Niederung: Graf Pourtales R 7072, Braefide R 6192, Sauerwein, Lithauer, 5392, Hofer S 2075, Reine S 407. — Ragnit-Willkallen: Graf Kanitz R 10 437, Bender R 1811, Hofer S 3540. — Gumbinnen-Justerburg: Meng R 10 546, Maul R 2064, Haase S 1303. — Stallupönen-Goldap-Parkehmen: v. Sperber R 6665, Ranke R 549, Haase S 587. — Dyelo-Lhd. Johannsburg: Graf Stolberg R 12 803, Popy R 3467, Ebhardt S 1289, Wörke P 237. — Angerburg-Löwen: v. Staudy R 5678, Schwoiger R 1500, Haase S 472.

Randow-Greifenhagen: Körten S 10 157, J 1198, Rantouff R 13 236, 18 Ortschaften fehlen noch. Rantouff's Wahl scheint sicher.

Greifswald. v. Wisnart-Dohlen R. gewählt.
Posen. Nach bisherigen Ergebnissen Pöthly poln. Hosp. 3600, Andrzejewski S 2500. Die beiden Deutschen gegen 3000 Stimmen zugenommen. Stichwahl zwischen den beiden Polen.

Cypeln. Smula J gewählt.
Haderleben-Sonderburg. Der Däne Johansen 10 431 gegen Peteren R 3711 gewählt.

Wittlich-Bernkastel. Dreden J gewählt.
Damm-Stiburg. Broetmann J gewählt.

Essen. Stöckel J gewählt mit 30 204 Stimmen gegen Krupp 27 496.

Krefeld (Kreis und Stadt Krefeld). Dr. Bachem J 11 551, Dr. Westenberger R 3243, S 5145.

Warburg-Sörter. Schmidt J gewählt.
Baderborn. Hesse J wiedergewählt.

Münster. Dero J gewählt.
Mühlhausen. Buch vereinigte 18 559 Stimmen auf sich, der Merkale 5002, der Gouvernementsale 1770.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 17. Juni.

Internationale Solidarität. Wie die Arbeiter aller Länder, so nehmen unsere österreichischen Genossen den lebhaftesten Antheil an unseren Kämpfen und Erfolgen. Die Nachricht von dem Resultat des gestrigen Wahltages hat bei den Sozialdemokraten Wiens die größte Begeisterung geweckt. Unser Parteivorstand erhielt heute folgende Telegramme:
Wien, 17. Juni. Euer Wahlsieg hat uns mit Stolz und Freude erfüllt, denn er ist ein Sieg über die Bestrebungen der vereinigten Reaktion und ein neuerlicher Beweis für das unauflösliche Solidarität unserer gemeinsamen Sache. Hoch die internationale Sozialdemokratie! Die Parteivertretung der österr. Sozialdemokratie.

Wien, 17. Juni. Zu Eurem glänzenden Siege senden wir Euch herzlichste Glückwünsche! Hoch die internationale Sozialdemokratie. Der sozialdemokratische Verband im österreichischen Abgeordnetenhaus.

Triest, 17. Juni. Der Bedeutung Eurer heutigen Kämpfe, Eurer heutigen Siege freudig bewußt, sendet Euch die Redaktion von „Il Lavoratore“ als Ausfuß der Triester Arbeiterkammer brüderlichen Gruß und Beifall. —

Die Lösung der französischen Ministerkrise scheint sich mehr wegen der Halsstarrigkeit Jaure's als wegen der parlamentarischen Schwierigkeiten zu verzögern. Am liebsten würde Jaure Meline mit der Kabinetsbildung beauftragen, da das aber kaum durchzuführen ist, hat er Ribot, der sich für Meline's Politik erklärt hat, mit der Bildung des Kabinetts beauftragt. —

Was die Volkvertreter in den verschiedenen Ländern erhalten. 1. Portugal: Die Mitglieder der Zweiten Kammer erhielten früher eine Vergütung von etwa 400 M. den Monat, die aber seit 1893 mit Ausnahme für die Vertreter der Kolonien abgesetzt ist. Sämmtliche Mitglieder haben während der Tagung freie Reise auf Eisenbahnen und Dampfschiffen. Die Kommunen sind berechtigt, ihren Vertretern eine Vergütung bis zu 16,80 M. täglich zu gewähren. 2. Frankreich: Die Mitglieder des Senats und der Deputiertenkammer haben jährlich 7000 M. und auf den Staatsbahnen freie Reise in 1. Klasse. Außerdem haben die Präsidenten beider Kammern je 59 000 M. und freie Wohnung. 3. Schweden: Die Mitglieder der Ersten Kammer beziehen nichts, diejenigen der Zweiten Kammer 1850 M. für die Tagung und Reisevergütung. Im Falle der Auflösung werden für den Tag 12,50 M. und ebenso viel, sowie Reisevergütung bei einer außerordentlichen Tagung gewährt. 4. Norwegen: Die Stortingmitglieder erhalten täglich 13,50 M. 5. Großbritannien: Weder das Oberhaus noch das Unterhaus erhält Vergütung. Ein 1893 eingebrachter Antrag auf Gewährung von 5650 M. für die Mitglieder des Unterhauses wurde nach der zweiten Lesung zurückgezogen. 6. Niederlande: Die Mitglieder der Ersten Kammer, die nicht im Haag wohnen, erhalten für jede Sitzung 16,80 M. und Reisevergütung, diejenigen der Zweiten Kammer jährlich 3300 M. und Reisevergütung. 7. Spanien: Keine Vergütung. 8. Dänemark: Für die Dauer der Tagung 6,75 M. Diäten und Reisevergütung für alle Mitglieder des Reichstags. 9. Bulgarien: Während der Tagung

10,10 M. täglich und Reisevergütung. Die in der Parlamentsstadt wohnenden Abgeordneten erhalten 14 M., außerdem der Präsident 2410 M., die Vizepräsidenten je die Hälfte für jede Sitzung, 10. Griechenland: Für die gewöhnliche Sitzung 1402 M., für eine außerordentliche Sitzung Reisevergütung und Diäten je nach der Dauer, doch nicht unter 403 M. und nicht über 1402 M. 11. Serbien: 8 M. für den Tag und Reisevergütung; Mitglieder, die ein Staatsamt bekleiden oder Pension beziehen oder in der Parlamentsstadt wohnen, nur 4 M. Mitglieder, die nicht beim Anruf zugegen sind, gehen für diese Sitzung der Diäten verlustig, 12. Belgien: Der Senat erhält keine Vergütung, die Deputiertenkammer mit Ausnahme der Mitglieder, die in Brüssel wohnen, 886 M. monatlich. Keine Reisevergütung. 13. Rumänien: Die Mitglieder beider Häuser erhalten für jede Sitzung, der sie beiwohnen, täglich 20 M., sowie freie Eisenbahnreise. 14. Italien: Nur freie Reise mit Eisenbahn und Dampfer. 15. Preußen: Herrenhaus: keine Vergütung, freie Eisenbahnreise; Abgeordnetenhaus: 15 M. täglich während der Sitzung und Reisevergütung. 16. Oesterreich: Abgeordnetenhaus: 15 M. 20 Pf. täglich und Reisevergütung. 17. Ungarn: Magnatenhaus: keine Vergütung; Abgeordnetenhaus: 8000 M. jährlich und 1300 M. Wohnungszuschuß, daneben ermäßigte Eisenbahnpreise. 18. Deutsches Reich: Nur freie Eisenbahnreise 1. Kl. 19. Schweiz: Nationalrat: 15 M. 10 Pf. für jeden Tag, wo der Abgeordnete zugegen ist. Außerdem Reisevergütung 17 Pf. für das Kilometer. Die Mitglieder des Ständeraths erhalten von ihrem Kanton im allgemeinen dieselbe Vergütung wie der Nationalrat. 20. Amerika: Die Mitglieder beider Häuser der Vereinigten Staaten beziehen jährlich 20 500 M., sowie 520 M. 80 Pf. für Schreibmaterial, Zeitungen u. s. w. und außerdem Reisevergütung.

Deutsches Reich.

Antisemitismus und Freisinn. Die Antisemiten wollen von den Freisinnigen nichts wissen. So schreibt die „Staatsbürger-Zeitung“, die Frage, ob für die Stichwahl die Sozialdemokratie als der allein zu bekämpfende Feind zu betrachten sei, sei nach dem bisherigen Verhalten des Freisinn und Zentrum zur Zeit nicht ohne weiteres spruchreif. Und weiter berichtet sie, daß sie in den Berliner Versammlungen wenig Reizung gezeigt habe, für den Freisinn die Stimmen aus dem Feuer zu holen, zumal da für Sozialdemokraten und Freisinn das Wort zuträfe: Gleiche Brüder, gleiche Kappen! Ja, warum war Eugen Richter auch so ungezogen, sich bei den Aeltern festzusetzen nicht neben Althardt setzen zu wollen? Also, Eugen, bessere Dich und antichambriere bei den Althardtionen, von denen Dein und Deiner Getreuen Wohl und Wehe abhängt! —

Die freisinnige Volkspartei hat im ersten Wahlgange nur einen Kandidaten, Reinhard Schmidt in Algen-Wingen, durchgebracht, sie hofft aber, der „Freis. Ztg.“ zufolge, 33 Mandate in den Stichwahlen zu gewinnen, darunter auch die bisher sozialdemokratischen Kreise Berlin II, III und V. Verloren hat sie fünf ihrer bisherigen Mandate, und zwar die Kreise Friedrich-Erlangen, Jüttau, Lössau, Schweidnitz, wo diesmal nicht der Freisinnige, sondern der Sozialdemokrat mit einem rechtsstehenden Kandidaten in die Stichwahl kommt. Rudolstadt, wo wir im ersten Gange gesiegt haben, erwähnt die „Freis. Z.“ nicht. Außerdem hat sie Remel verloren, wo der Littauer statt der freisinnigen Volkspartei in die Stichwahl gelangt. Die „Freis. Ztg.“ kommt zu dem Schluß, daß der neue Reichstag voraussichtlich eine verstärkte agrarische Mehrheit gegen bisher aufweisen wird, woran das Verhalten der Sozialdemokratie schuld sein soll — ein logischer Trugschluß der „Freis. Ztg.“, den wir bereits wiederholt als irrig nachgewiesen haben. —

Freisinnige Verisprechungen. Die „Pädagog. Ztg.“, deren Redakteur der freisinnigen Volkspartei angehört, tritt aus dem sozialdemokratischen Wahlflugblatt für den fünften Berliner Reichstags-Wahlkreis diejenige Stelle, die sich auf die Haltung des Berliner Freisinn in Sachen der Lehrerbefolgung bezieht, und sagt weiter nichts hinzu, als die, eine Zustimmung enthaltende Spitzmarke: „Was der Berliner Freisinn alles einstecken muß.“ Die Freisinnigen haben sich in den letzten Wochen — auch im fünften Berliner Kreise — alle erdenkliche Mühe gegeben, in ihren Wählerversammlungen die Lehrerbefolgungs-Angelegenheit als für den Reichstag nicht in Betracht kommend, also für die Reichstagswahl belanglos hinzustellen, was die Herren aber nicht gehindert hat, für Herrn Stadtschulinspektor Dr. Zwick, ihren Kandidaten im 5. Kreise, seine Verdienste um die Schule als Empfehlung anzuführen. Herr Zwick, der die Haltung des Berliner Freisinn in der Lehrerbefolgungs-Frage billigen zu müssen meint, weil man nicht Sonderinteressen begünstigen dürfe, wird jammert seinen Freunden aus der „Pädagog. Ztg.“ deutlich genug ersehen, wie man in Lehrerkreisen trotz aller Beschönigungsversuche nach wie vor der Ansicht bestimmt, daß der Freisinn in der Lehrerbefolgungs-Frage einfach seine Grundlosigkeit dokumentiert hat. Von diesem Gesichtspunkte aus hat aber die Heranziehung der Lehrerbefolgungs-Angelegenheit, auch wenn diese für den Reichstag „nicht in Betracht kommt“, ihre vollkommene Berechtigung und ist weit über die Kreise der Lehrerschaft von Bedeutung. Die Freisinnigen, die die edle Dreifaltigkeit besitzen, von der Sozialdemokratie zu behaupten, daß sie nur groß im Versprechen sei, wissen ganz genau, daß zum Beispiel aus der Handlungsbefolgung aus der Lehrerbefolgungs-Angelegenheit ersehen können, was sie von den Versprechungen des Freisinn zu halten haben. Es geschieht vielleicht ebenso sehr um der Handlungsbefolgung als um der Lehrer willen, daß der Freisinn sich jetzt so abmüht, das schlagendste Beispiel seiner Grundlosigkeit und Wortbrüchigkeit der öffentlichen Diskussion möglichst zu entziehen.

Die Staatsretter unter sich. Mit wie zärtlichen Kosenamen die Antisemiten ihre intimsten Freunde, die Konservativen, belegen, beweist u. a. ein in Breslau-Land-Neumarkt von der deutsch-sozialen Reformpartei gegen den Grafen zu Limburg-Stürm verbreitetes Flugblatt. In demselben werden die Konservativen bezeichnet als „ein Korps Charakterloser politischer Kumaden, eine Gesellschaft willensloser Fossilien, der nur die servile Ja- und Amen-Politik von der Regierung gestattet ist, eine Gesellschaft, deren Mitglieder und ihre Sippe allerdings dann zumeist direkt oder indirekt auf Kosten des Volkes in fetten Stellungen gefüttert werden.“

Weitere Stillsproben aus dem Flugblatt sind: „Allerdings hat ja in vielen Fällen das blaue Blut unserer Edelsten der Nation einen starken Anstoß-Beigeruch, der edle Graf von Dr. Peterwiew würde ja das bestätigen, was ihr Gebahren so mandamental erklärlich macht.“ — Zweifelsohne hat der edle Graf schon wieder den Wind von oben in der Nase, und daß auf Trit und Peitsche gegen eventuelles Rucken die konservative Meute den gehörigen Appell aufweisen wird, dafür bürgt der Kadavergehörig ihrer Mitglieder, dafür sind sie ja Edelste der Nation, Beamte, oder charakterlose bürgerliche Plattköpfe genug in der Partei, die jede politische Gesinnungslosigkeit mitmachen, wenn sie nur als vornehmer von ton gilt.“ Wir können es der „Kreuz-Zeitung“ nachfühlen, daß ihr diese Kampfesweise sehr unangenehm ist. Aber aus diesem Grunde die Antisemiten als Vorwärt der Sozialdemokratie zu bezeichnen, dazu hat sie nicht das mindeste Recht. Diese antisemitische Hege ist nichts anderes als die natürliche Folge der Kampfesweise derer um Hammerlein und Stöder. Mögen die frommen Kreuzritter sich noch so sehr bemühen, die antisemitische Gesellschaft von sich abzuschütteln, es nützt ihnen nichts. Warum haben sie auf die Erziehung ihrer lieben Brüder nicht besser geachtet?

König Stumm als Hammerhieb. Wie jämmerlich König Stumm, dessen hervorragende Kraft dem neuen Reichstage nicht verloren gehen darf, um seine Wiederwahl bittet, ergibt sich aus einer am 5. Juni zu Baumholder gehaltenen Rede, in welcher er seinen Beamten und Arbeitern mit der Phrase schmachtelt, daß er sich zu keinem anderen Stande rechnen als die, und daß er als Hammerhieb leben und sterben wolle. Als Scharmacher hat sich unser bewährter Freund mehr bewährt wie als Hammerhieb. —

Der glänzende Sieg unserer Genossen in Hamburg und Altona veranlaßt die „Hamburger Nachrichten“, von neuem den Ruf nach einem Ausnahmegesetz und nach einer Veränderung des Wahlrechts erlösen zu lassen. Das Bismarck-Rezeptil ist wenigstens offen, es gesteht ein, daß, selbst wenn das Drittel der eingeschriebenen Wähler, das sich der Abstimmung enthalten hat, für bürgerliche Kandidaten eingetreten wäre, doch der Sozialdemokratie der Sieg nicht streitig gemacht werden könnte, und es verlangt deshalb, daß man die Sozialdemokratie nicht nur mit Worten, sondern mit Thaten bekämpfen solle, denn sonst werde man es noch am eigenen Leibe erfahren, welche Folgen die jetzige Methode des Kampfes gegen den Umsturz für Deutschland im allgemeinen und für Hamburg im speziellen haben wird. Da es nun nach Ansicht der Gewaltpolitiker in absehbarer Zeit nicht gelingen wird, für Hamburg „eine feiner würdige Vertretung im Reichstag durchzuführen, so fordern sie eine Veränderung des Wahlrechts in dem Sinne, daß die öffentliche Abstimmung an die Stelle der jetzigen geheimen tritt, die Altersgrenze für Ausübung des aktiven Wahlrechts hinaufgesetzt und längerer Aufenthalt im Wahlkreise zum Erfordernis der Wahlberechtigung gemacht wird. Auf andere Weise sehen wir nicht ein, wie es möglich sein sollte, Hamburg den Sozialisten wieder zu entreißen, zumal kein Gesetz mehr vorhanden ist, das die sozialdemokratische Agitation dem Volksbewußtsein als etwas Staatsgefährliches und Strafbares stigmatisirt.“ Die „Hamburger Nachrichten“ haben also wirklich nichts dazu gelernt, denn daß man mit solchen Bismarck'schen Gewaltmitteln eine geistige Bewegung nicht eindämmen kann, das sollten doch nun nachgerade auch die Dummsten erkannt haben. —

Gründer i. Schlesien, 17. Juni. (Privatbesuche des „Vorwärts“.) Dumme Jungen bombardierten gestern das Polizeilokal mit Steinen. Heute Abend ist eine Eskadron der Jägerschützen hier eingetroffen. Von uns wird zur Ruhe ermahnt.

Schadowitz, 18. Juni. (Fig. Ver.) Die mehrere 100 Wähler zählende 2. Klasse der Mannschaften hat jetzt einen Vertreter im Gemeinderath, der mit zwei Stimmen gewählt ist. Ein Genosse, der 96 Stimmen erhielt, wurde nicht bestätigt, weil er nicht auf der 1896er Liste steht, die der Nachwahl zu Grunde lag. Ein anderer Genosse, der auf der Liste steht und also auch das Wahlrecht ausüben konnte, zahlte aber jetzt den Zensus (der bis ans 8. herabgesetzt nicht mehr, gehört also eigentlich in die 3. Klasse und seine 29 Stimmen galten ebenfalls nichts. Jede Klasse hat nur aller 6 Jahre Hauptwahl und erfolgt dann erst Reanuvastierung der Listen, die bei der Fluktuation der arbeitenden Bevölkerung selbstverständlich sehr lückenhaft werden müssen.

Oesterreich.

Wien, 17. Juni. Die Regierung beschloß auf Initiative des Finanzministers die Reform des Aktienwesens in Bezug zu bringen. Der vom Finanzminister Dr. Kalz den beihiligsten Ministerien dargelegte Standpunkt der Finanzverwaltung gipfelt darin, daß die Finanzverwaltung die sofortige Inangriffnahme der Reform und die rasche Durchführung derselben für dringend geboten erachtet und zwar auf Grund der Freipredung der Gesellschaftsgründungen und der Vereinfachung des Konzeptions-Systems, so daß die Aktien-Gesellschaften nur wegen eines bestimmten Gegenstandes der Unternehmung, welcher, ohne Rücksicht auf die Form der Unternehmung, kraft einer allgemeinen Norm der Konzeptions-Pflicht unterliegt, der staatlichen Bewilligung zur Ausführung bedürftig sei. Die Staatsaufsicht soll extensiv eingeschränkt und intensiv verstärkt werden. Als interimistische Maßregel bis zum Zustandekommen einer definitiven Aktienreform schlägt das Finanzministerium die Schaffung eines im Reichsgesetzblatt zu veröffentlichen, die Regierung bindenden und das Publikum mit hinreichender Sicherheit orientirenden Regulativs vor. —

Wien, 16. Juni. Aus Anlaß der Debatte betreffend die Stellungnahme der Gemeinde Wien zur Auflösung des Grazer Gemeinderaths nahm der hiesige Gemeinderath einen Antrag des Vize-Bürgermeisters Neumayer an, welcher dahin geht, an das Parlament und den niederösterreichischen Landtag Petitionen wegen wirksamen Schutzes der Freiheit der Meinungsäußerung in den Gemeinden zu richten. Der von den Deutsch-Nationalen beantragte Zusatz, das Verwehren wegen der Auflösung des Grazer Gemeinderaths auszubedenken, wurde abgelehnt. — Die Wiener Antisemiten haben den Grazer Sozialdemokraten zum Vorwurf gemacht, daß sie nicht Lust hätten, wegen der Auflösung des dortigen Gemeinderaths Straßendemonstrationen zu veranstalten und sich den Mannschergewehren gegenüberzustellen. Diefelben Leute, die aus diesem Anlaß von einer „A. S. Sozialdemokratie“ zu sprechen die Freiheit hatten, sind seige genug, im Wiener Gemeinderath nicht einmal zu wagen, ein harmloses „Bedauern“ dieser Regierungsmahregel auszusprechen. Eine jämmerlichere Bande giebt's in der Welt nicht. —

Die sozialdemokratische Reichstags-Fraktion hat nach Verlegung des Parlaments einen Ruf an die sozialdemokratische Wählerschaft erlassen, worin sie die politische Lage scharf und rücksichtslos kennzeichnet. Während die Kundgebungen der anderen Parteien sich ausschließlich mit einer Frage dritten Ranges, mit dem langweiligen Sprachenverordnungs-Kriege befassen, weist das sozialdemokratische Manifest auf die Wurzel des Übels, die Rücksichtslosigkeit aller politischen Einrichtungen Oesterreichs hin und kennzeichnet die Unfähigkeit der Regierung, die sich in keinem Augenblicke von den allgeringsten Traditionen verpörrter Polizei- und Militärpolitik zu emanzipiren vermochte. Hierbei heben sie alle Bemühungen nicht hinweg, sich durch einzelne Gesetzesvorlagen, deren Nothwendigkeit niemand leugnen kann, einen modernen Anstrich zu geben. Wenn sie den Gann nicht brechen kann, der auf dem Parlamente liegt, wenn sie rathlos und faktlos zuseht, daß die Gesetzgebung gelähmt wird, so ist die Nothwendigkeit unabweisbar, mit dem § 14, d. h. mit dem Absolutismus, die Staatsverwaltung im Gang zu halten, nicht nur ihr Verhängnis, sondern auch ihre Schand.

Die Auflösung des Grazer Gemeinderaths, sagt das Manifest, sei sie nun geschäht aus unverantwortlicher Schwäche gegen die Soldateska oder aus der Absicht, eine radikale Körperhaftigkeit zu mahregeln, ist nur ein Symptom der reaktionären Bestimmung dieser Regierung, die im übrigen auf allen Gebieten des politischen Lebens ihre Unfähigkeit schon bewiesen hat. Sie hat in den Ausgleichs-Verhandlungen mit Ungarn bisher nichts gethan, um die berechtigten wirtschaftlichen Interessen der wessischen Reichshälfte zu wahren, und sie hat insbesondere bis heute in keiner irgendwie greifbaren Gestalt einen Gedanken zur Beilegung der sprachlichen Streitfragen laut werden lassen. Sie weiß augenblicklich heute nicht, was sie morgen zu thun gedenken wird, sie glaubt in der gefährlichen Situation, in der sich das Reich befindet, mit dem allösterreichischen Rezept des Fortwärtens auskommen zu können. Sie ist heute schon am Ende ihrer Reichheit angelangt, und sie kann dem Lande nur noch einen großen, aber überaus dringlichen Dienst erweisen: sie muß gehen!

Eine sehr energische Sprache führt das Manifest gegen die tollhändlerische und selbstwiderliche Nationalitätenhege. „Wir Sozialdemokraten aller Zungen in Oesterreich fordern dringend die Regelung der Sprachenfrage. Wir lehnen es aber energisch ab, den chauvinistischen Bestrebungen irgendwelcher nationaler bürgerlicher Parteien Vorzug zu leisten. Wir erklären, daß wir eine Ordnung der sprachlichen Verhältnisse nur dann für möglich halten, wenn an Stelle der bürgerlichen Volksherrschaft, die heute das parlamentarische Uebergewicht haben, endlich die Vertreter der großen Massen ein entscheidendes Wort mitzusprechen haben werden. Daher stehen wir den Ausschüssen nationalen Wahnsinns, von welcher Seite sie auch kommen mögen, feindselig gegenüber. Wir hegen nach wie vor unerschütterlich die feste Ueberzeugung, daß die lebenden, arbeitenden und duldbenden Volksmassen die Regelung der Sprachenfrage im Sinne des gleichen Rechtes und der Gerechtigkeit wollen, und daß

sie keinerlei Wunsch haben, über Andersnationalen zu herrschen, sowie sie selbst national nicht beherrscht werden wollen.“

Die althergebrachte Sozialdemokratie der Regierungspartei geworden, weil sie den Instanz der chauvinistischen Obstruktionspolitik nicht mitmacht, wird mit gebührender Verachtung abgefertigt und die Volkswürdlichkeit dieser „Volklichen“ und „Vollstlichen“, wie sie sich nennen, an dem Beispiele ihres Verhaltens zur Sicherung der Getreidezölle dargehan. Der sozialdemokratische Ruf ruft fast schließlich die Lage in folgenden Sätzen zusammen:

„Die schlechende Krankheit, an der die österreichischen Völker seit Jahrhunderten leiden, weil ihnen Brot und Licht nur ungenügend zugeführt wurden, ist wieder einmal akut geworden. Die herrschenden Klassen wollen, wie es scheint, noch immer nicht einsehen, daß die Heilmittel für den todtkranken Patienten heißen: Brot und Freiheit! Wir brauchen eine soziale Gesetzgebung, die das Volk wirtschaftlich stark und widerstandsfähig zu machen im Stande ist, und wir brauchen politische Bewegungen, die das Volk zur Selbstständigkeit und Selbstverantwortlichkeit erzieht. So lange aber in Oesterreich am Krankenbett die Quacksalber das große Wort führen und so lange die privilegierten Klassen des Adels, der Pfaßheit und der Bourgeoisie sich davor fürchten müssen, daß das bisher kranke und schwache Volk gesunde und ihnen dadurch gefährlich werde: ebenso lange ist jede Hoffnung in diesem unglücklichen Oesterreich vergeblich.“

Ueber die längst erwarteten Hungerrevolten in Galizien liegen die folgenden Depeschen vor:

Im Gorliceer Bezirke versuchten Banden unbekannter Leute, durch Petroleumarbeiter und Bauern verführt, Wirthshäuser zu plündern und in Brand zu stecken. Trotz der Energie des Bezirkskommandanten und des requirirten Militärs macht die Bewegung Fortschritte. Das Militär bewachte die Gorlice vor einem Ueberfall. Der Statthalter Graf Binski traf heute in Jaslo ein und leitete die erforderlichen Maßnahmen persönlich.

Ueber die Unruhen in Przylat bei Rzeszow meldet die „Neue Freie Presse“ noch folgendes: Wie jetzt festgestellt ist, wurden neun Bauern, die Erzele begehren, von den feuernden Gendarmen erschossen. Die Verwundung des einen Gendarmen geschah durch einen Senfentrieb. Infolge der Unruhen sandte die Regierung in die westgalizischen Bezirke 28 Kompanien Militär. Wie verlautet, soll über diese Bezirke der Belagerungszustand verhängt werden.

In Przylat bei Rzeszow wurden gestern Nachmittag die Läden von Juden durch Bauern geplündert. Die Jubaber wurden verwundet. Die Gendarmen mußte von der Waffe Gebrauch machen. Hierbei wurden sechs Exzedenten getödtet und fünf schwer verwundet. Ein Gendarm ist leicht verletzt worden.

Luxemburg.

Luxemburg, 15. Juni. (Fig. Ver.) Der Kampf gegen den Alkohol. Zur Bekämpfung der zunehmenden Zahl Wirthshäuser im Großherzogthum, hatte die Regierung eine Vorlage eingebracht, gemäß welcher die einmal zu entrichtende Lizenz und die jährlichen Wirthshauszinsen um ein Bedeutendes erhöht werden sollten. Den Ordnungsparteien erschien diese Erhöhung das einzige verfügbare Mittel, um dem Alkoholisimus zu begegnen. Wie Ernst es ihnen mit der Bekämpfung des Alkoholisimus ist, kann man daraus ersehen, daß die Kammer bereits dreimal inmitten der Generaldebatte wegen Beschlußunfähigkeit auseinandergehen mußte. Unterdessen bemüht sich aber auch der Ordnungsmänner eine heillose Angst vor der Erhöhung der jährlichen Zinsen, wodurch sie die zahlreicheren Wirthe wider den Kopf stoßen müßten. Um aus diesem Engpaß herauszukommen, blieben die einen, getreu dem Spruche, Vorsicht ist der bessere Theil der Tapferkeit, den Verhandlungen fern, während die andere völlig nutzlos auf die Erhöhung der jährlichen Zinsen (auf die es allein anlangt) verzichteten.

In der Sitzung vom 8. Juni gestellte Dr. Welter das feige Vorgehen der Kämpen für Religion, Moral und Ordnung, worauf die gebrauchten Ordnungsbefehle eine lärmende Entrüstungssomnie auslösten, die zur Unterbrechung der Sitzung führte. Als dieferlei bald darauf wieder aufgenommen wurde, ergab es sich, daß das Haus nicht mehr beschlußfähig war. Freitag Fortsetzung der Generaldebatte, in welcher Dr. Welter seine bereits dreimal wegen Beschlußunfähigkeit der Kammer unterbrochene Rede wieder anfangen ließ. Dr. Welter's Ausführungen bilden einen Anfallgehalt gegen die Unfähigkeit der kapitalistischen Gesellschaft, die sozialen Uebel wirksam zu bekämpfen. Soziale Krankeheiten werden aber nicht durch polizeiliche und fiskalische Maßnahmen geheilt. —

Schweiz.

Bern, 17. Juni. Der Nationalrath beschloß mit 105 gegen 24 Stimmen in die Beratung der Vorlage über die Revision der Bundesverfassung bezüglich der Einführung eines einheitlichen Zivilrechts einzutreten, und mit 100 gegen 23 Stimmen, in die Revision der Verfassung bezüglich der Einführung eines einheitlichen Strafrechts einzutreten. —

Italien.

Ueber die Situation des Cabinets Rudini äußert sich die „Voss. Ztg.“ folgendermaßen: „Unter unfremdlichen Vorzeichen für das Cabinet Rudini hat gestern die Erweiterung der italienischen Kammer über die allgemeine Politik des Ministeriums begonnen. Von Anfang an war die Stimmung der Kammer sehr feindselig, jeder Satz der die Verhandlung einleitenden Erklärungen di Rudini's wurde mit höhnischem Gelächter aufgenommen. Um so lebhaftere Beifall fand Sonnino's scharfe Anklage gegen das Cabinet, deren scharfe Spitze der Vorwurf gegen Rudini war, durch seine Liebäugeln mit den antidynastischen Parteien deren Unternehmungslust angefaßt zu haben. Durch seinen entschlossenen Einbruch gegen jede Beschränkung der bestehenden Arbeiters (sahint Sonnino den bisher schwankenden Zanardelli für die Opposition gewonnen zu haben, denn wie aus Rom berichtet wird, beabsichtigt der Alle von Brescia im weiteren Verlauf der Verhandlung eine offene Abgabe an di Rudini zu richten. In diesem Falle wäre der Sturz des Cabinets besiegelt und ein Ministerium Sonnino-Giolitti-Zanardelli in den Bereich der Wahrscheinlichkeit gerückt.“

Rom, 17. Juni. Deputiertenkammer. Nachdem De Martino (Soz.) und Masti (Rad.) gegen die Regierung gesprochen, wird die Diskussion geschlossen und in die Beratung der Tagesordnungen eingetreten. In den Verhandlungen hält man es für möglich, daß noch heute Abend in der Kammer die entscheidende Abstimmung stattfinden wird. —

Die Erweiterung der Tagesordnungen wird ohne Zwischenfall fortgesetzt. Es sind insgesammt 28 Tagesordnungen eingebracht; unter denselben ist eine von Zanardelli, in welcher das Programm des Cabinets nicht gutgehehen wird. Nach Erörterung mehrerer Tagesordnungen wird die Sitzung aufgehoben und die Fortsetzung der Beratung auf morgen vertagt. —

Mailand, 14. Juni. („Kreuz. Ztg.“) Der bisherige Verlauf der Prozessverhandlungen vor dem hiesigen Kriegsgerichte hat die von Anfang vorherrschende Ansicht bestätigt, daß die hiesigen Unruhen in den Tagen vom 6. bis 9. Mai in keiner Weise vorbereitet waren und weder eine Leitung noch Führung hatten. Trotzdem besteht in den betroffenen Kreisen eine sehr große Verzagtheit über das Schicksal der noch nicht Prozessirten. Vor dem Kriegsgerichte sind bis jetzt 220 Individuen erschienen, von denen 42 freigesprochen und 178 zu insgesammt 400 Jahren 11 Monaten und 20 Tagen schweren Festes sowie zu entsprechender Stellung unter Polizeiaufsicht verurtheilt worden sind. Sehr viele der bisherigen Angeklagten waren jedoch wegen Theilnahme an den verhältnismäßig geringfügigen Aufstrebungen in den umliegenden Dörfern verhaftet worden und standen in keiner Beziehung zu den Unruhen in Mailand, während die übrigen hier Zuständigen, darunter eine große Anzahl halbvolkischer Sträflinge, jener untersten Volksschicht angehörten, die allen Groß-

fäden eigenthümlich ist, und deren Vertreter niemals fehlen, wenn irgendwo etwas los ist. Ein ganz anderes Element stellen jedoch die vielen Hunderte dar, die noch im Zellengefängnisse oder in den Leuchten, halb in die Erde verfertigten Kammern des hiesigen Castello ihre Prozesse erwarten. Sie gehören fast alle der gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiterklasse an. Der erste dieser politischen Prozesse wird entweder morgen oder spätestens übermorgen beginnen. Die Spannung, mit welcher allerorts dem Ausgange dieses Prozesses entgegen gesehen wird, ist geradezu unbegreiflich. Wird doch durch seinen Verlauf endlich klar werden, ob die Behörden immer noch an der Ungeheuerlichkeit des Komplottes festhalten oder nicht. Eine Eigenthümlichkeit dieser Prozesse ist die rückwirkende Kraft der Kompetenz der Kriegsgerichte. So sind hunderte und hunderte von Arbeitern aus keinem anderen Grunde verhaftet worden, als weil sie, zum Theil vor Jahren, sozialistische Propaganda betrieben haben oder in sozialistischen oder republikanischen Vereinen hervorragende Stellungen bekleideten, was bis dahin von keiner Behörde beanstandet worden war. Die Zeitung „Lega Lombarda“, die gestern die Anklageschrift wider die vor dem Kriegsgerichte erscheinenden Journalisten veröffentlichte, ist deshalb konfisziert worden. Der „Frank. Jg.“ wird aus Lugano telegraphirt: „Vor dem Mailänder Kriegsgericht begann heute die Verhandlung wider 24 inhaftirte Journalisten, darunter Frau Dr. Anna Koulikoff, Advokat Federici, Führer der Mailänder Republikaner, Ghiesi, Chefredakteur der „Italia del Popolo“, Romussi, Chefredakteur des „Secolo“, Abbé Albertario, Chefredakteur des „Osservatore Cattolico“. Ein Gemisch heterogener Elemente, von Republikanern, Sozialisten, Nihilisten, Meritalen und Anarchisten! Die Anklage lautet wider alle auf Komplott zum gewaltsamen Umsturz der Staatsordnung, Aufreizung zum Bürgerkrieg, die mit Erfolg gekrönt worden sei. Der Prozeß wird mindestens drei Tage dauern. — In Bologna wurden 16 Sozialisten vom Tribunal gegen Skandale in Freiheit erklärt. Der Polizeipräsident ordnete jedoch an, daß die Verhafteten zur Verfügung der politischen Behörde in Haft bleiben müssen. Selbst ein offizielles Blatt nennt dieses Vorgehen der politischen Behörde eine unerhörte Mißachtung der Befehle. — In Rom ist gegenüber den Redakteuren des „Avanti“ ebenso „gesetzlich“ gehandelt worden. —

England.

Das Attentat auf den deutschen Gesandten in London. Ein Telegramm aus London meldet: Durch das Ergebnis der polizeilichen Untersuchungen ist man zu der Ueberzeugung gekommen, daß der Attentäter Trodd geistesgestört ist. Es scheint, daß mehr die Amerikaner, als die Deutschen der Gegenstand seines Hasses waren. Er bildete sich ein, von den Amerikanern beleidigt zu sein und unter seinen Habseligkeiten wurden Papiere gefunden, die darauf schließen lassen, daß es der amerikanische Vizekonsul war, den er zu treffen beabsichtigte. Bekanntlich liegt ja die Privatwohnung des amerikanischen Vizekonsuls Gay nahe bei der deutschen Volkshaus. —

Montenegro.

Setinje, 17. Juni. Nach Verträgen der montenegrinischen Regierung fand gestern an der Grenze ein größeres Schermüßel statt, bei welchem auf beiden Seiten eine Anzahl Personen getödtet und verwundet wurden. Auf der Flucht nach der montenegrinischen Grenze wurden Frauen und Kinder von den Mohammedanern niedergemacht. Mehrere Häuser sind eingeeigert worden. —

Türkei.

Konstantinopel, 17. Juni. Die Schritte des montenegrinischen Gesandten bezüglich der Vorfälle an der Grenze wurden von russischer Seite unterstützt. — In einem außerordentlichen Ministerrathe wurde beschlossen, die strengsten Maßregeln anzuwenden und mehrere Bataillone an die Grenze zu entsenden. Die Pforte versprach die Abfertigung des Skandalans von Perana und entsandte von Ueslab eine Untersuchungskommission. Ein Delegirter des Sultans wird sich auf den Schauplatz der Unruhen begeben. Wie verlautet, nehmen über 20 000 Albanesen an der Bewegung Theil, welche bis in die Gegend von Novibazar reichen soll. —

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Bauarbeiter! Kollegen, welche in Lohnunterschieden gerathen oder von Lohnfreiheit der Maurer in Mitleidenschaft gezogen werden, haben dies sofort der Lohnkommission zu melden. Es wird davon die Untersuchungsfrage abhängig gemacht werden. Die Lohnkommission der Bauarbeiter.

Wetlau. Die Lohnunterschiede zwischen den Arbeitern der Oefenfabriken und ihren Unternehmern sind durch Vereinbarung beigelegt worden.

Deutsches Reich.

Die schwersten Strafen demjenigen u. c. Der Arbeitgeber-Verband des Maurer- und Zimmergewerbes zu Magdeburg versendet folgendes Schriftstück: Magdeburg, den 13. Juni 1898.

An die Bauergewerkschaft-Jungung Solingen.

Wie Sie wahrscheinlich aus den Blättern ersehen haben werden, befinden sich die hiesigen Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter seit Ende April im Ausstand.

Da, wie uns bekannt geworden, ein Theil dieser Leute in dortiger Gegend Arbeit suchen, so bitten wir Sie, uns durch geeignete Maßnahmen zu unterstützen, wosüngen Sie bei event. ähnlichen Differenzen mit Ihren Leuten Sie auch auf unser thatkräftiges Entgegenkommen rechnen können.

Mit kollegialischem Grusse

Der Vorstand des Arbeitgeber-Verbandes des Maurer- und Zimmergewerbes zu Magdeburg. J. A.: A. Böttcher.

Aus Zwickau wird gemeldet: Die Zahl der ausständigen Bergleute der Bergbauvereine des Erzgebirgischen Steinkohlen-Arbeitervereins und des Bräunberger Steinkohlen-Bauvereins beträgt jetzt 2000. Die Bewegung nimmt noch zu.

Kohlenarbeiterstreik in Glauchau. Aus Glauchau wird berichtet: 600 Kohlenarbeiter des erzgebirgischen Steinkohlenbauvereins und eine große Anzahl Förderer des Bräunberger Steinkohlenbauvereins der Zwickauer haben heute die Arbeit niedergelegt.

Ausland.

Der Streik der Bergleute von Süd-Wales scheint noch größere Dimensionen anzunehmen. Bürgerliche Blätter melden: Die Konferenz der gegenwärtig noch arbeitenden Bergleute der nicht zum Verbanne der Bergarbeiter gehörigen Bezirke hat beschlossen, sofort eine Lohnerhöhung von 3 1/2 pCt. über dem Niveau von 1879 zu fordern. Thatsächlich würden dadurch die Löhne um 10 pCt. erhöht. Die Arbeiter der Albion-Bezirke haben die Maschinen, Heizer und Pitter in Süd-Wales und Rommouthishire aufgefördert, sich dem Streik anzuschließen, damit er in Wäde beendet wird. Sollten sich diese dazu beurlauben, so droht den Bergwerken, daß sie verfallen. Der Stadtrath von Newport hat gegen die Heranziehung von Militär, als provozierend, Einsprache erhoben. Die Streiker versuchen übrigens, mit den Soldaten zu sympathisieren.

Unternehmer-Verbände.

Zwangsunternehmung. Auf Antrag der Töpfer- und Oefenherren für Leipzig und Umgegend hat die Kreisoberbehörde angeordnet, daß vom 1. Oktober 1898 an sämtliche Gewerbetreibende, die in der Stadt Leipzig und im Bezirke der Amtshauptmannschaft Leipzig

das Töpfer- oder Oefenherrenhandwerk ausüben, der Töpfer- und Oefenherren für Leipzig und Umgegend (mit dem Sitze in Leipzig) anzugehören haben.

Soziale Rechtspflege.

Die grobe Beleidigung spielt oft vor dem Gewerbegericht eine große Rolle, da die Gewerbeordnung sie als einen Grund zur sofortigen Lösung des Arbeitsverhältnisses aufführt. Auch der Inhaber der Firma Daensch u. Komp. verließ sich gegenüber der Entschädigungsklage des Technikers M. darauf, daß ihm der Kläger grob beleidigt habe. Er habe dem Kläger die Zeit, wo er krank war, nicht ohne weiteres honorieren wollen, und der Kläger sei ihm gleich grob gekommen und habe geäußert: „Ich werde ihnen beweisen, wozu Sie gehören; ich werde ihnen beweisen, was Sie sind!“ Der Kläger behauptete dagegen, nur gesagt zu haben, wenn seine Ansprüche nicht befriedigt würden, dann werde ihn das zu Schritten veranlassen, die Herrn M. schaden könnten. Die Kammer V unter dem Vorsitz des Gewerbepräsidenten Schallhorn verurtheilte die besagte Firma, dem Kläger vorläufig 66 Mark zu zahlen. Mit der Widerklage, zu erkennen, daß M. überhaupt keine Ansprüche an sie habe, wurde die Beklagte abgewiesen. Der Gerichtshof hat in den Äußerungen des Klägers eine Ehrverletzung oder grobe Beleidigung nicht finden können.

Hausarbeiter und Gewerbegericht. Die Kammer I des Gewerbegerichts hat in einer Streitsache zwischen einem Zwischenmeister und einem Großkonfektionär der Knabenkonfektionsbranche wieder einmal einen recht eigenthümlichen Standpunkt eingenommen. Der klagende Zwischenmeister, welcher zugab, für mehrere Geschäfte zu arbeiten und zeitweise gegen 100 Leute zu beschäftigen, hatte den Geschäftsinhaber stark wegen einer Lohnreiferforderung verklagt. Erst im zweiten Termin zweifelte der Beklagte die Zuständigkeit des Gewerbegerichts an und zwar auf Grund des § 4 des Reichsgesetzes über die Gewerbegerichte und machte auf Grund dieses Paragraphen geltend, daß der Kläger nicht Arbeitnehmer im Sinne des Gesetzes sei, sondern, da er, wie zugegeben, gegen 100 Leute zu beschäftigen, ein selbständiger Gewerbetreibender sei; eine Klage aber zwischen zwei Gewerbetreibenden gehöre vor das Amtsgericht; der Kläger selbst hatte gegen diese Auffassung nichts einzuwenden.

Nachdem der Gerichtshof sich zur Berathung zurückgezogen hatte, verurtheilte der Vorsitzende Assessor Tschow, daß das Gewerbegericht nicht zuständig sei und die Sache vor das Amtsgericht gehöre.

Der angezogene § 4 besagt nun aber ganz deutlich: Zur Zuständigkeit der Gewerbegerichte gehören ferner Streitigkeiten der im § 3 Nr. 1—3 bezeichneten Art zwischen Personen, welche für bestimmte Gewerbetreibende anherhalb der Arbeitsstätte der letzteren mit Anfertigung gewerblicher Erzeugnisse beschäftigt sind (Hausarbeiter, Hausgewerbetreibende) und ihren Arbeitgebern, sofern die Beschäftigung auf die Verarbeitung und Verarbeitung der den letzteren von den Arbeitgebern gelieferten Rohstoffe oder Halbfabrikate beschränkt ist. Das gleiche gilt von Streitigkeiten der im § 3 Nr. 4 bezeichneten Art zwischen solchen Hausgewerbetreibenden unter einander.

Festgestellt war, daß der Kläger vom Beklagten Stoffe und Zubehören geliefert bekommen hatte und die Sachen nach Vorschrift anfertigen mußte. Er war also im Sinne des Gesetzes Hausgewerbetreibender und die Lohnreiferforderung war thatsächlich aus einem Arbeitsverhältnis und nicht aus einem Verkaufsgeschäft hervorgegangen. Weil nun aber der Kläger eine größere Zahl Arbeiter als im allgemeinen üblich beschäftigte, wurde die Klage vor das Amtsgericht verwiesen.

Gewerbe-Zeitung.

Ein Massenergiftungsprozess gelangte gestern vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts II zur Verhandlung. Die Gastwirth Kindrichs Eheleute aus französisch Buchholz haben sich wegen fahrlässiger Tödtung und fahrlässiger Körperverletzung, sowie wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz zu verantworten. Der Anklage liegt folgender Thatbestand zu Grunde: Am 8. August v. J. wurde im Dorfe französisch Buchholz das Crutefest gefeiert. Es pflegt einen besonderen Zuspruch, auch aus Berlin, heranzuziehen. Dies war auch im vorigen Jahre der Fall. Alle Lokale waren besetzt und besonders im Kindrichs Restaurant war es so überfüllt, daß kein Stuhl zu haben war. Es war bekannt, daß die Verpflegung bei Kindrich eine gute war, es wurden deshalb viele Speisen bestellt. Das Fest dauerte drei Tage. An allen drei Tagen wollten viele Gäste einen schwachen Verwesungsgeruch an den Speisen, hauptsächlich an dem Fricassee, wahrgenommen haben. Viele von ihnen wurden von Uebelkeit und Erbrechen befallen. Der Gefäßhändler Laue hatte nebst Frau, seinem fünfjährigen Töchterchen und seinem Kutscher ebenfalls die Kindrichs Gastwirthschaft besucht. Er bestellte zwei Portionen Fricassee. Laue und seine Ehefrau bemerkten bald, daß die Krebse im Fricassee rochen. Sie kosteten deshalb nur von der Speise und ließen sie stehen. Dasselbe that der Kutscher. In der darauf folgenden Nacht erkrankten alle drei Personen an heftigen Leibschmerzen, Durchfall und Erbrechen. Am heftigsten traten die Krankheitserscheinungen bei Laue auf. Er lagte wiederholt: „Ich bin von dem Fricassee vergiftet, ich muß sterben!“ Man gab ihm ohne Erfolg die verschiedensten Hausmittel. Als eine Linderung nicht eintrat, wurde gegen Morgen der Hausarzt gerufen. Dieser erkannte sofort, daß Laue an einer starken Vergiftung erkrankt war. Trotz aller sofort angewandten Gegenmittel verstarb Laue am Nachmittage desselben Tages. Auch viele andere erkrankte Gäste hatten ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen müssen. Die Erhebungen waren bei allen Erkrankten dieselben. Die Ärzte erstatteten Anzeige, worauf die noch vorhandenen Speisen in der Kindrichs Gastwirthschaft sofort beschlagnahmt wurden. Es ist eine große Anzahl medizinischer Sachverständiger geladen worden. Die Verteidigung führt Rechtsanwalt Leop. Meyer.

Die Angeklagten bestritten, daß sie sich einen Vorwurf zu machen hätten. Sie seien stets bestrebt gewesen, den Gästen das Beste zu bieten. Allerdings sei der Zuspruch an den betreffenden Tagen ein außerordentlich starker gewesen und sie hätten die Gäste nicht alle befriedigen können. Bei solchen Crutefesten würde in den verschiedensten Lokalen gegessen und getrunken, da könne es doch vorkommen, daß einigen Leuten unwohl würde.

Von den Zeugen belumdete ein Theil, daß ihm die Speisen in dem Kindrichs Lokale gut geschmeckt hätten und gut bekommen wären, ein anderer, daß die Speisen übel gerochen und zweifellos das Unwohlsein hervorgerufen hätten. Es handelte sich zum Theil um Gänsebraten, Fänder und Fricassee. Die medizinischen Sachverständigen gaben ihr Gutachten dahin ab, daß der Tod des Laue höchst wahrscheinlich infolge Vergiftung durch in Säunig übergegangenes Fricassee erfolgt sei. Es könne aber nicht geleugnet werden, daß der Genuß von schlechtem Bier mit zum Unwohlwerden beigetragen habe. Wenn nicht alle Gäste, die von den Speisen genossen hätten, dieselben unangenehmen Folgen gehabt hätten, sei dies ihrer individuellen Disposition zuzuschreiben.

Der Staatsanwalt beantragte gegen beide Angeklagte das gleiche Strafmaß: Je einen Monat Gefängniß und je 350 M. Geldstrafe, indem er für erwiesen erachtete, daß der Tod des Laue durch vergiftete Speisen herbeigeführt sei. Der Gerichtshof folgte den Ausführungen des Verteidigers, sprach den Angeklagten Ehemann Kindrich völlig frei und verurtheilte nur die Ehefrau Kindrich wegen fahrlässiger Körperverletzung und Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz zu einer Geldstrafe von 200 M. In betref der Todesursache des Laue halte der Gerichtshof zwar für erwiesen, daß der Tod infolge Vergiftung eingetreten sei, aber nicht, daß die bei den Angeklagten genossenen Speisen die Ursache seien. Dagegen sei als erwiesen anzusehen, daß mehrere Gäste am ersten Tage des Festes infolge Genusses von verdorbenem Gänsebraten erkrankt seien.

Eine Entscheidung, die für Hebeamme von größter Bedeutung ist, hat der dritte Senat des Ober-Verwaltungsgerichts gefällt. Gegen die Hebeamme H. klagte die zuständige Polizeibehörde auf Entziehung des Prüfungsscheines. Neben anderen machte man der Frau zum Vorwurf, daß sie durch ihre Fahrlässigkeit den Tod einer Wöchnerin verschuldet habe. Am selben Tage, wo er die Klage einreichte, gebot der Amtsvorsteher auf Anweisung seines Vorgesetzten der besagten Hebeamme, die Ausübung ihres Berufes sofort einzustellen. Gegen diese Verfügung beschwerte sich die Beklagte vergeblich beim Landrath und beim Regierungspräsidenten. Der Regierungspräsident erklärte es für durchaus zulässig, einer Hebeamme aus allgemeinen polizeilichen Gründen die Ausübung ihres Berufes zu unterlagen, bevor das gesetzlich vorgeschriebene Verwaltungsverfahren auf Entziehung des Prüfungsscheines erledigt sei. Frau H. klagte darauf gegen den Regierungspräsidenten und machte geltend, daß ihr vor der Erledigung der gegen sie eingereichten Klage ihr Beruf nicht hätte polizeilich untersagt werden dürfen. Das Ober-Verwaltungsgericht schloß sich dem an und legte die betreffende polizeiliche Verfügung außer Kraft. Es führte noch aus, die Befugniß, einen Gewerbebetrieb auszuüben, könne nicht auf Zeit entzogen werden.

Trunkenheit und Hilfsbedürftigkeit im Sinne des Armenrechts. Der ehemalige Barbier Heinrichs aus Kiel produzierte sich in Hamburg als „Degenklünder“. Bei der Ausübung dieser Kunst muß die Aechte tüchtig geschult werden. Eines Tages hatte Heinrichs dies so gründlich bezeugt, daß er unfähig war, seine Beine zu gebrauchen. Man schaffte ihn ins Krankenhaus, damit er sich dort wieder auf sich selbst besinne. Wegen der Verpflegungskosten von 1 M. und eines Briefportos von 20 Pfennigen führte bald nach diesem Vorfall die Stadt Hamburg gegen die Stadt Kiel, wo H. seinen Unterstüthungswohnsitz hat, einen großen Prozeß. Kiel wurde von dem Bezirks-Ausschuß auch verurtheilt, 1 M. 20 Pfennige an Hamburg zu zahlen. Kiel war aber der Meinung, daß ein Fall der Armenpflege hier nicht vorliege und Trunkenheit nicht als Krankheit angesehen werden könne, die Stadt legte darum Verurteilung ein, womit sie auch Erfolg hatte. Das Bundesamt für Heimathswesen erklärte Kiel für nicht ersatzpflichtig. Es liege kein Fall der Armenpflege vor, da jemand noch nicht hilflosbedürftig im armenrechtlichen Sinne sei, wenn er einmal tüchtig betrunken wäre. An sich sei Trunkenheit keine Krankheit.

Im Interesse der öffentlichen Sittlichkeit haben die Behörden Frankfurt in einer Polizeiverordnung vom 1. August 1891 bestimmt, daß Sängerinnen sich nach 11 Uhr abends nicht in einem Lokal aufhalten dürfen, wo sie vorher aufgetreten sind. Wegen Vergehens gegen diese Bestimmung wurde ein Gastwirth Lenisch zu einer Geldstrafe verurtheilt. Es stand fest, daß vier Sängerinnen, die im Lokale des Angeklagten gesungen hatten, darin noch nach 11 Uhr mit Herren am Tische saßen und aßen. L. legte Verurteilung ein und machte geltend, er sei zur fraglichen Zeit nicht im Lokal gewesen, da er nach seinem kranken Kinde habe sehen müssen. Als er zurückgekehrt sei, habe ein Polizeibeamter die Anwesenheit der Damen bereits festgestellt gehabt. Das Landgericht wies die Verurteilung zurück und das Kammergericht verwarf die Revision des Angeklagten ebenfalls. Zur Begründung wurde ausgeführt, daß ihm mindestens strafbare Fahrlässigkeit vorzuwerfen sei. Wenn er zu seinem Kinde mußte, dann hätte er einen Stellvertreter damit betrauen müssen, während seiner Abwesenheit für die Erfüllung der gesetzlich zulässigen Polizeivorschriften zu sorgen.

Der Krieg.

Nach einem Telegramm vom 16. d. Mts. von dem Depeschensboot der „Associated Press“ von der Höhe von Santiago ist das Bombardement am Donnerstag früh zum dritten Male wiederholt worden und dauerte eine Stunde. Das Feuer wurde gegen die Batterien gerichtet, welche westlich und östlich vom Hafeneingang sich befinden. Die westlichen Batterien wurden beinahe vollständig zerstört. Die spanischen Verluste sollen bedeutend sein. Auf amerikanischer Seite ereignete sich kein Unfall. Die spanischen Geschütze wurden zum Schweigen gebracht.

Der Washingtoner Korrespondent der „World“ meldet diesem Blatte, die thatkräftige Haltung der Spanier in Santiago habe auf die Behörden in Washington einen großen Eindruck gemacht. Man erachte es als nothwendig, dem General Shafter eine stärkere Streitmacht zu geben. Das Kriegsdepartement ordnete die sofortige Einschiffung von 4000 weiteren Mannschaften an.

Der Gouverneur von Santiago de Cuba telegraphirt nach Madrid, bei dem gestrigen Bombardement hätten die Amerikaner tausend Geschütze abgefeuert. Mehrere spanische Bomben trafen die Schiffe des Feindes. Die Verluste der Spanier betragen 3 Tödtet und 21 Verwundete, worunter zwei Offiziere sich befinden. Das spanische Geschwader hat nicht gelitten. Das Bombardement richtete sich gegen den zwischen Santiago und Aguadores gelegenen Küstenstrich.

Wem die Nachricht aus Hongkong, daß die erste amerikanische Philippinen-Expedition am 9. nach Ilo-Ilo gelangt war, den Thatfachen entspricht, so muß zur Stunde Manila eingenommen sein oder kapitulirt haben. Die spanische Regierung glaubt, einen rettenden Schritt, gethan zu haben, indem sie dem General Augustin befahl, sich als Befehlshaber des Places Manila, nicht als Generalkommandant der Philippinen zu ergeben, jedoch ist zweifelhaft, ob Dewey hierauf eingeht.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Hamburg, 17. Juni. (B. Z. B.) Durch eine Feuersbrunst wurden heute in Moorburg 4 Wohnhäuser eingeeigert und 3 andere Wohnhäuser beschädigt. 12 Familien sind obdachlos.

Offen a. d. R., 17. Juni. (B. Z. B.) Der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ wird von der Zeche „Dannenbaum“ mitgetheilt, daß auf Schacht „Rebberita“ während der Kohlenförderung der Korb zwischen der 2. und 3. Sohle verschiedene Schachtmünnerungen forttrieb, wodurch in dem schiefligen Stöße ein Bruch entstand. Der übrige Theil des Schachtes blieb intact. Die Förderung mußte jedoch eingestellt werden. Die Ausbesserungsarbeiten dürften einige Zeit in Anspruch nehmen. Die Verlegung wird für diese Zeit auf die übrigen Zechen vertheilt, soweit nicht die Förderung unterirdisch dem Schacht 2 und 4 zugeführt werden kann.

Kachen, 17. Juni. (B. Z. B.) In Gegenwart des Oberpräsidenten der Rheinprovinz, Erzengel Rasse, fand unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters von Kachen eine Konferenz zur Errichtung einer Heilstätte für unermittelte Augenfronke statt, welche hauptsächlich der Arbeiterbevölkerung zu gute kommen soll. Die Konferenz, an welcher auch der Regierungspräsident v. Hartmann und der Landrath des Landkreises Kachen sowie mehrere Industrielle u. s. w. Theilnahmen, war eine vorbereitende, jedoch ist die Gründung einer derartigen Anstalt als sicher zu betrachten.

Wien, 17. Juni. (B. Z. B.) Der nach Unterschlagung von 8000 M. Amtsgeldern flüchtig gewordene Postassistent Wilhelm Dehmel aus Pottdam ist hier verhaftet worden. Es wurden noch 6000 M. bei ihm vorgefunden.

Bozen, 17. Juni. (B. Z. B.) Sämtliche Gebirgsflüsse sind infolge starken Schneefalls im Gebirge und fortwährenden Regens in den Niederungen hoch angeschwollen und richten große Verwüstungen an. Das Brennerthal ist besonders stark gefährdet; der Verkehr ist vielfach unterbrochen.

Paris, 17. Juni. (B. Z. B.) Blättermeldungen aus Oloron zufolge verurtheilte ein spanischer Anarchist den spanischen Konsul de Bedria zu erdolchen, während er in dessen Bureau ein Papiusum begeherte. Der Attentäter wurde verhaftet.

Arbeiter, Parteigenossen Berlins!

Am Donnerstag, den 22. September d. J., finden in Berlin die Gewerbegerichts-Wahlen statt.

- Zur Teilnahme an den Wahlen sind nur berechtigt:
a) solche Arbeitgeber, welche das fünfundzwanzigste Lebensjahr vollendet und seit mindestens einem Jahre im Gemeindebezirk Berlin Wohnung oder eine gewerbliche Niederlassung haben,
b) solche Arbeiter, welche das fünfundzwanzigste Lebensjahr vollendet haben und seit mindestens einem Jahre im Gemeindebezirk Berlin wohnen oder, falls sie außerhalb wohnen, hier beschäftigt sind.
Nicht wahlberechtigt sind solche Personen,
a) welche nicht Angehörige des Deutschen Reiches sind,
b) welche die bürgerlichen Ehrenrechte infolge strafrechtlicher Verurteilung verloren haben, oder gegen welche das Hauptverfahren wegen eines Verbrechen oder Vergehens eröffnet ist, das die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte oder der Fähigkeit öffentlicher Aemter zur Folge haben kann,
c) welche infolge gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über ihr Vermögen beschränkt sind, und
d) die Mitglieder von Zünften, für welche ein Schiedsgericht in Gemäßheit der §§ 97a und 100d der Reichs-Gewerbe-Ordnung errichtet ist, sowie die von denselben beschäftigten Arbeiter.
Das Reich, der Staat, die Gemeinden und sonstige öffentliche Verbände sowie juristische Personen üben ihr Stimmrecht durch ihre gesetzlichen Vertreter aus.

Die Wahl ist geheim und erfolgt durch Stimmzettel.

Den Arbeitgebern stehen die mit der Leitung eines Gewerbebetriebes oder eines bestimmten Zweiges desselben betrauten Stellvertreter der selbständigen Gewerbetreibenden gleich, sofern ihr Jahres-Arbeitsverdienst an Lohn oder Gehalt 2000 M. übersteigt. Die der Zuständigkeit des Gewerbegerichts unterstellten Hausgewerbetreibenden sind, sofern sie gemäß § 14 der Gewerbe-Ordnung den selbständigen Gewerbebetrieb angemeldet haben, als Arbeitgeber, andernfalls als Arbeiter wahlberechtigt. Zum Zwecke der Aufstellung der Wählerlisten werden die zur Teilnahme an der Wahl berechtigten Personen der am 10. Juni bekannt gegebenen Wahlbezirke aufgeföhrt, ihre Stimmberechtigung Alle Anfragen diesbezüglich auf dem Gewerkschaftsbureau, Amtenstraße 16, 1. Et., von 9-1 und 6-8 Uhr.

Die Berliner Gewerkschafts-Kommission.

J. A.: R. Millarg.

unter Vorlegung der erforderlichen Bescheinigungen innerhalb der nach § 13 des Ortsstatuts vorgeschriebenen zweiwöchigen Frist - d. i. vom 17. bis einschließlich 30. Juni d. J. - und zwar an den Wochentagen von 5 bis 8 Uhr abends, an den Sonntagen von 12 bis 3 Uhr nachmittags in den nachstehend genannten Anmeldestellen mündlich oder schriftlich anzumelden. - Die Anmeldungen werden entgegengenommen:

- 1. im Wahlbureau, Poststr. 16, 2 Treppen;
2. in der Turnhalle der 131./169. Gemeindefchule, Tempelhofer Ufer 2;
3. in der Turnhalle der 62. Gemeindefchule, Schmidtstr. 38;
4. in der Turnhalle der 115./170. Gemeindefchule, Stallgerstr. 55/56;
5. in der Turnhalle der 23. Gemeindefchule, Straußbergerstr. 9;
6. in der Turnhalle der 8./63. Gemeindefchule, Oststr. 23A;
7. in der Turnhalle der 15. Gemeindefchule, Kasanien-Allee 82;
8. in der Turnhalle der 118. Gemeindefchule, Pankstr. 8;
9. in der Turnhalle der 113./128. Gemeindefchule, Thurmstr. 86.

Als Ausweis genügen für den Arbeitgeber die Bescheinigung über die erfolgte Anmeldung des Gewerbebetriebes oder die letzte Quittung über Zahlung der Gewerbesteuer; für den Arbeitnehmer ein Zeugnis seines Arbeitgebers oder der Polizeibehörde, sowie Steuerquittungen etc., daß er seit mindestens einem Jahre innerhalb des Gemeindebezirks wohnt oder in Arbeit steht. Formulare zur schriftlichen Anmeldung für Arbeitnehmer und Arbeitgeber können im Gewerkschaftsbureau, Berlin S., Amtenstraße 16, v. 1. Et., in der Zeit von 9-1 Uhr und von 6-8 Uhr in Empfang genommen werden. - Es wird ganz besonders darauf aufmerksam gemacht, daß bei unterlassener rechtzeitiger Anmeldung das Stimmrecht ruht; die Aufstellung der Wählerlisten erfolgt nur auf Grund der jetzigen Anmeldungen, die aus früheren Jahren werden nicht berücksichtigt. Die näheren Bestimmungen hinsichtlich der Wahl, des Ortes und der Stunden für dieselbe, die Abgrenzung der Wahlbezirke, welche mit den zur Wahl der Stadtverordneten-Versammlung gebildeten 42 Wahlbezirken der III. Abteilung zusammenfallen, die Anzahl der in jedem derselben zu wählenden Mitglieder, sowie die Bedingungen der Wahlbarkeit wolle man genau beachten.

An die Parteigenossen Berlins!

In wenigen Tagen finden die Stichwahlen statt. Für Berlin kommen der erste, zweite, dritte und fünfte Wahlkreis in Betracht. Es gilt alle Hebel in Bewegung zu setzen, um diese 4 Kreise für die Sozialdemokratie zu behaupten. Die Genossen haben daher die Pflicht, sich an allen Wahlarbeiten, die von den zuständigen Wahlkomitees veranlaßt werden, zu beteiligen. Um die Hilfskräfte richtig zu verteilen, ersuchen die Unterzeichneten folgendes zu beachten: Die Genossen des IV. Kreises mögen sich von heute ab den Komitees des zweiten und dritten Kreises, die des VI. Kreises den Komitees im ersten und fünften Wahlkreis zur Verfügung stellen.

Parteigenossen! Es war bisher die Stärke und der Stolz unserer Partei, daß es im entscheidenden Momente nie an der Bereitwilligkeit der Genossen, Hilfe zu leisten, gemangelt hat. Doppelte Pflicht der Genossen ist es aber, im bevorstehenden Stichwahlkampf alles in Bewegung zu setzen, um auf die schamlosen Angriffe der Gegner die richtige Antwort des Volkes zu erteilen, um der Reaktion, die so frech ihr Haupt erhebt, Schach zu gebieten. Nur eine energische Opposition, nur sozialdemokratische Wahlsiege, nicht schwächliche freisinnige Windbeutelerei fordern Respekt heraus.

Am Stichwahltag wollen wir endgültig Abrechnung halten!

Vorwärts in den Kampf!

Vorwärts zum Sieg!

Die Vertrauenspersonen Berlins.

Genossen, welche im dritten Kreise bei der Wahl-agitation mithelfen wollen, werden gebeten, sich am Sonntag, den 19. Juni, früh 8 Uhr bei Fric, Dresdenerstr. 105, einzufinden. Das Wahlkomitee.

Für den fünften Kreis findet ebenfalls am Sonntag, den 19. Juni, früh 7 Uhr, eine Flugblattverteilung statt. Die Genossen werden ersucht, sich zahlreich hieran zu beteiligen und in folgenden Lokalen rechtzeitig zu erscheinen: Eichhorn, Greifswalderstr. 3; Kunnow, Mendelssohnstraße 16; Kuhnisch, Birkenstr. 10; Wittchow, Al. Hamburgerstraße 27, Ecke Elsfasserstraße; Schmidt, Louisenstraße 5. Das Wahlkomitee.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

18. Sitzung vom Freitag, den 17. Juni, nachmittags 5 Uhr.

Zu die Schuldeputation wird Stadtv. Singer durch Juro gewählt.

Die Vorlage, betr. die ärztliche Ueberwachung der von der Waisenverwaltung in Kostpflege gegebenen Säuglinge beantragt Stadtv. Louis Sachs der Deputation für die öffentliche Gesundheitspflege und die städtischen Krankenhäuser zur Begutachtung zu überweisen. Er hält diese Angelegenheit für sehr wichtig und gründlichster Erwägung bedürftig. Die Anstellung geprüfter Pflegerinnen statt der bisherigen Kostpflegerinnen sei notwendig. Die bestehende Deputation dürfte bei der endgültigen Regelung der Sache nicht übergegangen werden.

Stadtv. Schwabe empfiehlt Ausschuhberatung. Dadurch würden sich auch die Bedenken hinsichtlich der Stellung der Armenärzte und hinsichtlich des Verhältnisses der Ehrenämter in der Waisenpflege zu den Pflegerinnen erledigen lassen.

Stadtrath Kämpf weist darauf hin, daß es sich hier bloß um einen Versuch und bloß um diejenigen Säuglinge handelt, zu welchen die Waisenverwaltung als Glied der Armenverwaltung in Beziehung tritt. Von einer übermäßigen Transparenznahme der Armenärzte infolge der geplanten Einrichtung sei keine Rede.

Unter Ablehnung des Antrages Sachs wird die Vorlage nach dem Antrag Schwabe an einen Ausschuh von 15 Mitgliedern verwiesen.

Es folgt die Wahl eines besoldeten Stadtraths (an stelle des an die Spitze der Schöneberger Kommunalverwaltung getretenen früheren Stadtraths Wilde). Abgegeben werden 87 Zettel, von welchen 72 auf den Namen des Rechtsanwalts und Notars Kaufmann lauten. 4 Stimmen zerplütern, 11 Zettel sind unbeschrieben.

Von den Stadtv. Weich und Gen. wird beantragt:

Die Versammlung ersucht den Magistrat, eine Revision des Wassertarifs vom 25. April 1888 dahin einzutreten

zu lassen, daß nur das durch Wassermesser nachweislich verbrauchte Wasser und zu einem Einheitspreise bezahlt wird.

Stadtv. Jacobi beantragt Ausschuhberatung.

Stadtv. Fritsch: Von Vorteil würde Ausschuhberatung sein, da in diesem Falle auch die Eventualität einer Herabsetzung des Tarifs erwogen werden könnte.

Stadtv. Jacobi widerspricht der Beseitigung der Minimalabgabe.

Stadtrath Haack: Schon im nächsten Etat werde der Magistrat mit Anträgen auf eine Reform des Wassertarifs an die Versammlung herantreten.

Der Antrag Jacobi wird darauf zurückgezogen, der Antrag Fritsch abgelehnt. Dieses Ergebnis ruft lebhafteste Heiterkeit bei einem Teile der Versammlung hervor.

Das Zentralkomitee für das österreichische Kaiserjubiläum und für das V. österreichische Bundesjubiläum Wien 1898 hat den Magistrat um Entsendung von Repräsentanten der Stadt ersucht. Der Magistrat trägt Bedenken, die Einladung anzunehmen, will sich aber die Entscheidung vorbehalten, bis die Versammlung sich über die Einladung ihrerseits schlüssig gemacht hat.

Stadtv. Schwabe empfiehlt die Annahme der Einladung.

Stadtv. Singer: Im Gegensatz zum Boredner halte ich den Magistratsstandpunkt für den einzig korrekten. Solche Feste sind Zusammenkünfte, bei denen viel geredet, auch wohl gekneipt wird, die aber im übrigen resultatlos verlaufen. Die Herren, welche dergleichen mitmachen oder sich ansehen wollen, können das ja thun. Aber zur offiziellen Abordnung städtischer Vertreter bedarf es doch ernsterer, bedeutungsvollerer Anlässe. Zu irgend welchen Vergnügungs-Unternehmungen brauchen wir keine offizielle Vertretung zu entsenden. Der Magistrat hat offenbar eine gemeinsame Entscheidung mit der Versammlung herbeiföhren wollen. Es würde sehr bedauerlich sein, wenn er durch die Stellungnahme der Versammlung an seinem löblichen Vorhaben gehindert würde, solchen Vergnügungsbummeln ein Ende zu machen.

Der Antrag Schwabe wird abgelehnt und nach dem Antrage Singer die Vorlage mit dem Vermerken zur Kenntnis genommen, daß die Versammlung sich dem Standpunkte des Magistrats anschließt.

Den speziellen Entwurf zum Neubau des vierten städtischen Krankenhauses an der Seefstraße beantragt Stadtv. Schwabe nochmaliger Ausschuhberatung zu überweisen, damit über die Erhöhung des Kostenanschlages um 3 Millionen noch genauere Aufschlüsse gegeben werden können.

Stadtbaurath Hoffmann führt aus, daß die Preissteigerung für Materialien und Arbeitslöhne in den letzten beiden Jahren in der Hauptsache die Erhöhung des Anschlages herbeigeföhrt habe.

Der Antrag Schwabe wird abgelehnt und die Genehmigung des vorgelegten speziellen Entwurfs erteilt, desgleichen die Genehmigung der Entwürfe zum Neubau der Gemeinde-Doppelschulen in der Oberbergerstraße und der Dunderstraße, sowie einer Feuerwehnebst Stabesamst auf dem Grundstücke Pischersr. 37/38.

Zur Erbauung eines neuen großen Bureau-Dienstgebäudes soll nach einem neuerlichen Vorschlage des Magistrats der Häuser-Komplex zwischen Jüden-, Kloster-, Parochial- und Stralauerstraße für 6173750 M. angekauft werden.

Von verschiedenen Seiten wird Ausschuhberatung beantragt.

Stadtv. Singer: Als Grund für eine Ausschuhberatung könnte ich nur den Wunsch nach Aufklärung darüber erkennen, welche Verpflichtungen der Stadt durch Zahlung von Miethenschädigungen u. dergl. obliegen. Für die Vorlage selbst werden wir stimmen. Es ist die allerhöchste Zeit, daß das Gebäude, welches Berlin für seine Verwaltungszwecke so nötig wie das tägliche Brot braucht, endlich errichtet wird. Wir sind auch befriedigt darüber, daß mit der Errichtung des Gebäudes auf diesem Plage und nicht an der Waisenhausbrücke die Frage der Uferstraße einseitigen ausschleidet. Werden beide Fragen weiter miteinander verquid, so können wir vor 10 Jahren nicht in das neue Haus und werden einer andauernden Fluth von Bauprojekten ausgeföhrt sein. Der vorgeschlagene Plage ist durchaus geeignet, und die Preise sind angemessen. Sie sind höher als damals, wo dasselbe Projekt zuerst an uns herantrat; das ist aber für mich ein Grund mehr, endlich einmal zu einem Schlusse zu kommen und der Spekulation mit diesem Objekt ein Ende zu machen.

Stadtv. Hugo Sachs wundert sich darüber, daß der Boredner so cavalierem sich für eine Vorlage von solcher Tragweite und von so hohem Kostenbetrage ausgesprochen hat. Sonst habe Herr Singer anders gesprochen. Hier lege wieder einmal der Magistrat der Versammlung die Pistole auf die Brust; in 8 bis 14 Tagen, Hals über Kopf solle sie sich entscheiden. Die Frage sei seit 7 Jahren in der Schwebe, und das Angebot, welches jetzt angenommen werden solle, liege dem Magistrat schon seit Monaten vor. Mit einem Male solle jetzt dieses Angebot angenommen werden! Das zweite Rathhaus müsse doch ein Monumentalbau sein (Widerspruch); auf diesem Plage aber, der die ungeheure Summe von 6 1/2 Millionen kosten solle, lasse sich kein Monumentalbau aufführen. Daß mit der Anlegung der Uferstraße der Bau unverhältnismäßig in die Länge gezogen werde, kann Redner nicht glauben. Herr Ramsau, der jetzige Stadtrath, habe sich ebenfalls für den Plage an der Waisenhausbrücke ausgesprochen. Das Gebäude müsse am schönsten Theile der Spree in architektonisch würdiger Gestalt errichtet werden.

Stadtv. Ramsau: Wir haben ein monumentales Rathhaus mit Repräsentations- und allen nötigen Deputations- und Kommissions-Verathungsräumen. Was wir brauchen, ist ein Bureau-dienstgebäude (Zustimmung). Der gewählte Bauplan zwingt uns, in bescheidenen Grenzen und mit bescheidener Ausstattung zu bauen. Der Bau, den Herr Sachs empfiehlt, würde unverhältnismäßige Kosten erfordern, ohne entsprechende Vorteile zu bieten. Bei dem vorgelegten Projekt brauchen wir für Straßenanlagen nur 1700 Quadratmeter abzutreten, an der Waisenbrücke würden es über 5000 sein. (Hört, hört!) Mit größter Mühe ist es endlich gelungen, die 32 Eigentümern, die in Frage kommen, unter einen Hut zu bringen und sie zu bewegen, angemessene Preise zu stellen; dies ist erreicht, die Sache selbst ist der Versammlung Jahre lang bekannt, von einer Zwangslage kann man daher nicht wohl reden. Die Uferstraße wird und muß kommen, das stellt unter allen Umständen fest. An Entschädigungen würden alles in allem 10000 M. zu zahlen sein für einen Vertrag, der über 1002 hinaus läuft.

Stadtv. Khlmann: Der Bau selbst wird doch auch fünf Millionen kosten, es kommen also im ganzen 11-12 Millionen in Frage. Solcher Summe gegenüber sollten wir doch doppelt vorsichtig in der Wahl des Bauplazes sein. Das Gebäude muß die Stadt Berlin repräsentieren, es muß sich als ein würdiges Wahrzeichen der Selbstverwaltung darstellen. In unserm Bauath habe ich in dieser Beziehung das höchste Vertrauen. Neben der Befriedigung des Bedürfnisses müssen wir bei einem solchen Bau auf das achten, was die Stadt und die Welt dazu sagt. Wir sollten uns daher nicht in dem vorgeschlagenen Winkel verstellen. Die Postverwaltung baut auch nur Dienstgebäude, aber alle monumental an hervorragenden Punkten und durch hervorragende Architekten. Es möchte uns erst bewiesen werden, daß die anderen Projekte un-durchführbar sind. Was Paris, Wien, London konnten und können, müssen wir auch können; die Uferstraßen müssen verschönert und unsere hervorragendsten Gebäude daran angelegt werden. Nicht weniger bedeutsam wäre der Plage am Molkenmarkt, im Herzen der Stadt. Ob dieses Terrain dadurch unendlich geworden ist, daß der Fiskus auf die Anfrage des Magistrats über den Verkauf des alten Kriminalgerichts nicht geantwortet hat, ist nicht klar.

Stadtbaurath Hoffmann hat auch ursprünglich ein repräsentatives Gebäude vorgezogen, daß aber bei der Magistrat nicht zu haben gewesen. Die Festställe und Sitzungssäle aus dem jetzigen Rath-hause zu verlegen, darauf würde sich der Magistrat einlassen. Es handele sich also eigentlich um eine geschäftliche Dependence des Rath-hauses, die sehr wohl auf bescheidenerem Terrain in bescheideneren Verhältnissen hergestellt werden könnte. Zu architektonisch reicher Entfaltung eigne sich auch der Plage an der Waisenbrücke wegen seiner geringen Tiefe nicht ganz, eine große Wirkung würde nur durch kostspielige Turmbauten zu erzielen sein. Das Londoner Parlamentsgebäude ist durch hohe Thürme flankirt, der höchste davon ist 103 Meter hoch. Unser Rathhausgebäude hat nur 74 Meter. Jenes Parlamentsgebäude hat 60 Millionen gekostet. Als Architekt würde ich sehr erfreut sein, mit ähnlichen Summen bauen zu können. (Große Heiterkeit.) Da das nicht der Fall ist, trete ich für den Plage an der Stralauer Straße ein. (Weisfall.)

Nachdem noch die Stadtv. Rosenow, Deter und Wallach sich für die Vorlage ausgesprochen haben, wird der Antrag Khlmann auf Ausschuhberatung abgelehnt und die Vorlage angenommen. Schluß nach 8 Uhr.

Auf Ersuchen der neuen Hafengesellschaft hat das Magistratskollegium beschloffen, nachdem sich die Gesellschaft erboten hat, die ganzen Baukosten zu tragen, eine Spreckbrücke von Siegiswundhof nach den sogenannten Judenwiesen zu errichten. Die Brücke, welche in Eisenkonstruktion in einer Bogenspannung über die Spree ausgeföhrt werden soll, wird eine Breite von 17,60 Metern erhalten, wovon 9,60 Meter auf den Fahrbaum und 8 Meter auf die auf jeder Seite der Brücke geplanten Bürgersteige entfallen. Die Kosten sind auf 300 000 M. veranschlagt.

Auf Antrag des Kuratoriums der städtischen Irrenanstalten hat der Magistrat aus dem im Etat bereits vorgesehenen Mitteln für die Errichtung der III. Irrenanstalt, welche bekanntlich auf dem von der Stadtgemeinde neu erworbenen Kieselgut Buch erbaut werden soll, die erforderliche Summe für die Vorarbeiten zum Bau der Irrenanstalt genehmigt.

Der Landmesser Ottenen ist vom Magistratskollegium zum Vorsteher des städtischen Vermessungsamts mit dem Titel Vermessungsinspektor gewählt worden.

Lokales.

Freisinnige Kampfweise. Die Freisinnigen führen den Wahlkampf gegen die Kandidaten der Sozialdemokratie in der Art, wie wir es von ihnen gewöhnt sind, mit persönlichen Verleumdungen und Lügen. Das Unbetheilteste leistet aber auf diesem Gebiete das „Berliner Tageblatt“. Wir wunderten uns natürlich nicht im mindesten, gleich auf der ersten Seite der gestrigen Abendausgabe zu finden, wie dies Organ der „Deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens“ die Antisemiten in der würdelosesten Weise im Unterstüzung bei den Stichwahlen anschnort. Unsere Erwartungen über-

trot dagegen eine Notiz in derselben Nummer, die in Form eines Berichts über eine Gewerbegerichtsbehandlung den Kandidaten des dritten Wahlscheines, Genossen Heine, persönlich zu verunglimpfen sucht. Das Schriftstück ist zu charakteristisch für die noble Kampfesweise dieser Leute, um es den Genossen vorzuenthalten zu dürfen. Das „Verl. Tagebl.“ schreibt:

Rechtsanwalt Wolfgang Heine und das Berliner Gewerbegericht. Eine Klage, die von allgemeinem Interesse ist, wurde gestern vor dem Berliner Gewerbegericht verhandelt. Es lagte der Aufseher und Stallmann Stasinski gegen die Kammerbierverbands-Gesellschaft wegen 292 M. 40 Pf. für zusammen 781 Ueberstunden, die Kläger in der Zeit vom 9. August 1897 bis 9. April 1898 gemacht haben will. Die Klage, die von dem gestern in die Sitzung gekommenen Rechtsanwalt Wolfgang Heine, dem bekannten Parteigänger der Sozialdemokratie, angefertigt worden ist, und für die der Kläger 5 M. 75 Pf. gezahlt haben will, stützt sich auf eine Arbeitsordnung der Kammerbier-Verbands-Gesellschaft. Eine Abschrift der Arbeitsordnung war der Klage beigelegt. Wie nun gestern vor Gericht festgestellt wurde, ist die Arbeitsordnung auf fallenderweise unvollständig wiedergegeben worden. Es fehlt nämlich die Wiebergabe des einen Tages im § 4 der Arbeitsordnung, wonach jeder Arbeiter am Sonnabend bei Zahlung des Lohnes sich von der Michtigkeit derselben zu überzeugen und eventuelle Differenzen sofort an der Kasse zu melden hat. Im ersten Termine machte die Beklagte auf den in dieser Art der Wiebergabe liegenden Dolus aufmerksam, nachdem konstatiert worden war, es stände zwischen den Parteien fest, daß der Kläger mit seiner Forderung erst nach seinem Abgange hervorgetreten sei. Im zweiten Termine erklärte der Kläger, daß er in seiner Eigenschaft als Stallmann von dem Inspektor der Gesellschaft für die Ueberstunden den Gehalt für den Stallbühnen verlangt habe, aber damit abgewiesen worden sei. Der Vorsitzende und auch die vier Beisitzer des Gerichts empfahlen dem Kläger einen Vergleich, den der Kläger mit Rücksicht auf die Aussichtslosigkeit seiner Ansprüche und schließlich auch die Beklagte mit Rücksicht auf den überbrachten Kläger auf dieses Jureben des Vorsitzenden und der Beisitzer annahm. Zu erwähnen ist noch, daß das Gewerbegericht Klagen ohne Bezahlung aufnimmt, daß dem Rechtsanwalt Heine die Arbeitsordnung im Original vorgelegen hat, und daß daher die Auslassung des wichtigsten Satzes seiner Arbeitsordnung berechtigtes Aufsehen in den beteiligten Kreisen hervorgerufen hat. Der Kläger erklärte, daß er persönlich mit dem Anwalt über die Klage gesprochen habe und sie nur erhoben habe, weil dieser dazu gerathen habe. Der Vergleich ging dahin, daß der Kläger für seine aus Rechtsirrthum aufgewendeten Kosten zehn Mark erhält.

Der Zweck dieses Berichts ist natürlich nur, den Genossen Heine zu verunglimpfen, denn das sachliche Interesse des Falles begründet so ausführliche Darlegungen keineswegs.

Wir haben den Genossen Heine um eine Aufklärung gebeten und von ihm folgende Zeilen erhalten:

Es scheint mir kaum möglich, mich in persönliche Polemik einzulassen, namentlich einem solchen Gegner gegenüber wie das „Berliner Tageblatt“. Wer mich kennt, weiß, wie ich meine Praxis führe, und andere mögen denken, was sie wollen. Da Sie aber wünschen, daß ich Ihnen tatsächlichen Aufschluß gebe, so sei folgendes bemerkt:

Der Kläger Stasinski konsultierte mit mir und meinem Vertreter wiederholt über seine Forderung gegen die Kammerbier-Gesellschaft. Der Kläger hatte nach dem Arbeitsvertrage zweifellos einen Anspruch auf Vergütung der Ueberstunden, aber er hatte es leider gemacht, wie viele Leute in abhängiger Stellung, er hatte zunächst gar nicht gewagt, darauf zu drängen, weil er sich fürchtete, entlassen zu werden. Nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses kam er damit heraus. Ich selber habe ihn darauf aufmerksam gemacht, daß man sein langes Schweigen vielleicht als Verzicht auf die Vergütung der Ueberstunden ansehen könnte. Herr Stasinski bestand aber darauf, zu klagen, und ich konnte ihn nicht einmal abreden, weil Recht und Billigkeit für ihn sprachen, und es mindestens möglich schien, im Vergleichswege etwas zu erlangen. Da ich gerade mit der Sache beschäftigt war, habe ich gleich die Klage an das Gewerbegericht für Herrn Stasinski angefertigt, ich habe ihm dadurch Zeit und Mühe gespart und ihm kein Honorar dafür berechnet. Vielmehr habe ich nur die taximäßige Gebühr für eine Konsultation, obwohl es mehrere waren, liquidiren lassen, und die Gebühr, die mir für die Anfertigung der Klage zugefallen hätte, nicht erhoben. Demgemäß hat auch Stasinski bloß 4,24 M., nämlich 3 M. Gebühr und 1,24 M. für Auslagen, bezahlt. Die Angabe des Berichts ist darin unrichtig.

Herr Stasinski wußte so gut wie jeder andere, daß auf dem Sekretariat des Gewerbegerichts Klagen unentgeltlich aufgenommen werden, aber er wußte wahrscheinlich auch, daß die Arbeiter sich sehr viel über die mangelhafte Art beschwerten, in der dies oft geschieht.

Es ist richtig, daß ich nicht die ganze Betriebsordnung der Kammerbier-Gesellschaft in der Klage habe abschreiben lassen, sondern nur die Stelle, welche den Anspruch meines Mandanten auf Ueberstundenlohn ergab. Ich habe nämlich das Bestreben, meinen Mandanten unnötige Schreibgebühren zu sparen, und ich wußte ja, daß die besagte Gesellschaft ihre eigene Arbeitsordnung kennt. Auch schließt die ausgearbeitete Bestimmung die Geltendmachung des Klägerschen Anspruchs keineswegs aus. Darin ein Dolus, d. h. eine betrügerische Absicht zu finden, ist selbst der allerthöresten Dolus. Ich möchte wohl wissen, wie meine Kollegen, die freisinnigen Führer Ladewig, Hugo Sachs, Dr. Cassel, Dr. Somenfeld, Gustav Kaufmann u. f. w. über diese noble Kampfesart des „Verl. Tagebl.“ denken.

Wolfgang Heine.

Wir haben die Notiz des „Verl. Tagebl.“ und die Erklärung des Genossen Heine abgedruckt, nicht weil und die Sache selbst irgendwie erheblich erschienen wäre, sondern um eine Kampfesweise unserer Gegner zu beleuchten, deren Erbarmlichkeit unübertroffen sein dürfte.

Die Mittheilung, daß die Apotheker beabsichtigen, erhöhte Nachtaxen einzuführen, hat auch in den Kreisen der in diesem Berufe angestellten Personen Aufschütteln erregt. Die Herren Beisitzer — so schreibt uns ein Professor, hätten sich wohl, des Nachts aufzustehen, sie hätten sich ebenfalls, ihr Personal dafür mit Geld oder mit Zugabe an der freien Zeit zu entschädigen, wenn es des Nachts Arznelien verabfolgen muß. Wozu also eine Nachtaxe? Es kommt schon jetzt vor, daß Beisitzer, um es sich selbst bequem zu machen und dabei den zweiten Gehilfen zu ersparen, in der Zeit, wo der einzige Gehilfe Urlaub hat, sich einen Ersatzmann aus dem Hospital holen, dem sie eine kleine Entschädigung geben, und andererseits die Lehrlinge tüchtig heranbringen werden. Ja, diese Apothekerlehrlinge! Gering, wie ihre Zahl im Verhältnis zu den übrigen Gewerbeständen ist, kümmert sich niemand um sie, obwohl eine Enquete theils recht düstere Bilder ans Licht fördern würde. Tag und Nacht an die in den verschiedensten Parfüms duftende Apotheken gefesselt, Urlaub nur an ein höchstens zwei Radmittagen in der Woche (nämlich meistens nur die Zeit von 3 bis 7 verstanden wird), vielleicht auch noch jeden zweiten Sonntag Radmittage frei, führen sie meist ein keineswegs beneidenswertes Dasein. Nach drei Jahren Lehrzeit sollen sie ein Examen machen, zu dessen Vorbereitung sie von der Gnade und dem Wohlwollen ihres Prinzipals abhängen. Dieser findet, sei es infolge seines Alters, sei es aus Bequemlichkeit, häufig gar kein Interesse daran, seinen Lehrling regelmäßig anzubilden, und die Folge ist dann das Durcheinander im Examen. Sonntagserne werden diese armen Geschöpfe ebenfalls nicht, da ja der Apotheker, obwohl er als Handelsreibender resp. Kaufmann mit zu den Handelsstammern zählt, eine eigenthümliche Zwitterstellung einnimmt. Wie sich solche Verhältnisse erhalten können, ist ein Räthsel, jedenfalls zeugt auch der Mangel an Apothekerlehrlingen, wie wenig begehrenswerth dies Loos ist.

Neuschneidung im Zoologischen Garten. Die in diesem Institut angestellten Kassierer und Kontrollanten haben eine durch keine Pause unterbrochene tägliche Arbeitszeit von sieben-zehn Stunden.

Von morgens 6 bis abends 11 Uhr müssen diese Beamten ihren Posten versehen. Von Sonntagserne keine Spur. Für diese Leistung erhalten die Kassierer das honoräre Gehalt von 100 M. und die Kontrollanten 120 M. pro Monat, wovon ihnen während der Wintermonate noch 10 M. abgezogen werden.

Wenn die Leute einmal zur Beforgung häuslicher Geschäfte Urlaub nehmen, so müssen sie ihre Vertretung aus der eigenen Tasche bezahlen. Es scheint hiernach, als ob die Direktion des Gartens die Fürsorge für die „Werkstätten“ als ihre einzige Aufgabe betrachte. Vielleicht führt diese Notiz dazu, daß die Generalversammlung des Arbeitervereins sich der menschlichen Arbeitsstätte annimmt und dafür sorgt, daß sich im zoologischen Garten nicht nur die wilden Thiere wohl befinden.

Der Berliner Wähler und der Wahlkampf. Zur Charakteristik der Sorte von Bürgerthum, in dessen Händen dank dem elenden Dreiklassen-Wahlrecht das Wohl und Wehe der Gemeinden ruht, bringt ein hiesiges Blatt die folgende Mittheilung:

„Einer recht schmerzlichen Aufgabe unterzogen sich am Wahltag eine Anzahl von „Schleppern“ der verschiedensten Parteien, die es unternahmen, Wähler, die sich in ihren Stammsneipen beim Stab „festgefesselt“ hatten, zur Wahlurne zu transportieren. In den meisten Fällen gelang dieses gewagte Unternehmen. Stürmische Heiterkeit erregte ein Fall, der sich in einem Wahllokale der Reichensbergerstraße abspielte. Eine Stadträderschicht wurde dort angeleitet, deren Mitglieder zum Theil noch die Karten in der Hand hielten. Erregte diese Thatsache schon eine heitere Stimmung unter dem im Wahllokale versammelten Publikum, so steigerte sich diese zu lautem Gelächter, als der Vorsitzende im Augenblicke, als der erste der Stadträder seinen Namen nannte, den Schluß der Wahl verkündete. Es hatte eben 6 Uhr geschlagen.“

Wenn hier von den „verschiedenen Parteien“ die Rede ist, so darf wohl allgemein angenommen werden, daß die Sozialdemokraten aus dieser lieblichen Gesellschaft ausgeschlossen sind. Für's erste hat der sozialdemokratische Arbeiter wochentags keine Zeit, in Sneipen zu sitzen, und zweitens weiß er im Gegensatz zu manchem braven Bürgermann sein Recht doch etwas enger einzuschätzen als diese Vertreter von Vesty und Bildung.

Zur Wahl des Oberbürgermeisters von Berlin. Der Ausschuß der Stadtverordneten-Versammlung hat ohne Widerspruch beschlossen, die Wahl des Bürgermeisters Kirchner zum Oberbürgermeister zu empfehlen. Auf Grund der Erklärungen der Fraktionsvorsitzenden der Neuen Linken und der Sozialdemokraten, welche ihren Freunden die endgiltige Stellungnahme vordachten wollten, wurde eine Anzahl weißer Zettel abgegeben. Es erhielt Herr Kirchner neun Stimmen, fünf Zettel waren unbeschrieben.

Die Ungehörigkeit, jedem Wähler eine Legitimation abzufordern, ist auch im Wahllokale Lindenstr. 19 begangen worden. Von einem Wahlvorsteher sollte man eigentlich verlangen können, daß er über die Bestimmungen des Wahlreglements unterrichtet sei.

Daß auch der Humor bei der Wahl nicht fehlte, zeigt ein Vorkommniß, welches sich im Wahllokale Adalbertstraße 24 zutrug. Kommt da gegen 5 Uhr eine Dame in donnerndem Puh herein-gelaufen und verlangt, den Wahlzettel hoch in der Rechten und energisch im Auftreten, den Zettel für ihren „Cheherrn“ abzugeben. Als ihr vom Wahlvorsteher die Unmöglichkeit dieses Vorgehens klar-gelegt wurde, wurde die Dame erobert und sargte mit dem ganzen Aufgebot ihrer kräftigen Lunge:

Was! selber soll mein Mann kommen? Ja nicht, der hat zu arbeiten, zur Wahl gehen, das sieht's bei mir nicht, dazu hat mein Mann keine Zeit — der sollte noch, zu solche Sachen! Als ihr aber trotz dieser energischen Erklärung die Unannehmlichkeit des Zettels verwiegert wurde, schien sie ihre ganze Wuth dem Wahlvorsteher zuzuwenden und ärgerlich schrie sie diesen an: Na! wozu schiden Sie mir denn immer die Zettel rüber, so'n Stücker fünf haben Sie mir geschickt, der verdirbt ja mir aber! Unter schallender Heiterkeit entfernte sich die kampfesmuthige Dame.

Im ihr Wahlrecht kamen am Donnerstag die Parkwächter im Friedrichshain. Während der Obergärtner Abraham den Park-arbeitern und Gärtnern auf gehöriges Kopochen mit knapper Reich so viel Zeit ließ, daß sie ihr Wahlrecht ausüben konnten, blieben die Wächter hiervon ausgeschlossen, da sie ohne Erlaubniß ihren Platz nicht verlassen dürfen. Hätten vom Magistrat aus nicht allgemeine Anordnungen getroffen werden können, durch welche allen städtischen Arbeitern die Ausübung ihres wichtigsten Rechtes ermöglicht worden wäre?

Im Gebiete des Fernsprechwesens hat der bekannte Ingenieur Julius West, der Herausgeber der „Elektrotechn. Zeitschr.“, eine sehr bedeutsame Erfindung gemacht und die zu grunde liegenden Apparate in diesen Tagen in seinem Bureau ausgestellt. Es ist ihm gelungen, Vorrichtungen zu schaffen, die es zulassen, daß bis fünf Teilnehmer ihre Fernhörer und -Sprecher an ein und dieselbe Linie anschließen. Bekanntlich kostet die erste Sprechstelle 150 M., jede weitere 50 M. mehr. Durch die West'sche Schaltungsweise wird es also möglich — wenn sich fünf Teilnehmer verbinden — für 70 M. jährlich in den vollständigen Genuß einer Sprechstelle zu gelangen. Die neuen Apparate wurden von der Reichs-Postverwaltung bereits auf das eingehendste geprüft und haben sich als praktisch erwiesen.

Der Fernsprech-Verkehr mit Mittweida, Grimma, Leisnig, Rochitz (Sachsen), Borna (W. Lpz.), Oschag, Meuselwitz, Burgstädt, Waldheim, Döbeln und Rakel (Mei.) ist eröffnet worden. Die Gebühr für ein gewöhnliches Gespräch bis zur Dauer von drei Minuten beträgt je 1 Mark.

Durch einen Zufall ist es der Kriminalpolizei gelungen, die Hauptthäter und Helfer zweier großer Gold- und Silber-diebstahle, die vor 1 1/2 Jahren in der Admiral- und Gertrauden-Platz verübt wurden, zu verhaften. Kurz nach der Ermittlung der Diebstahle wurde in Hamburg ein unter dem Spitznamen „der schiele Herrmann“ bei den hiesigen Verbrechern bekannter Mensch verhaftet und bei ihm auch einige in den beiden Geschäften gestohlene Goldsachen vorgefunden. Ihm konnte nur eine geringe Betheiligung an den Diebstählen nachgewiesen werden, da von den Waaren im Werth von 60 000 M. bei ihm nur für ungefähr 1000 M. gefunden wurde. Er räumte auch seine Betheiligung bei einem Diebstahle ein und wurde zu einem Jahr Zuchthaus verurtheilt. Er behauptete, seine Helfer nicht zu kennen und von dem Verbleib der anderen gestohlenen Waare nichts zu wissen. Vor 1 1/2 Jahren kaufte nun ein Dienstmädchen von der Braut eines früheren Stellners ein goldenes Armband und verfertigte es, weil sie in Geldverlegenheit war, vor Pfingsten bei einem hiesigen Pfandleiher. Dieses Armband wurde bei näherer Prüfung als zu den gestohlenen Goldsachen gehörig erkannt. Das von der Polizei verhörrte Dienstmädchen nannte die Verkäuferin, und die Polizei fand bei dieser eine Menge Gold- und Silbersachen. Noch an demselben Tage wurde auch der Stellner verhaftet und der „schiele Herrmann“, der inzwischen seine Strafe verbüßt hatte, nochmals vernommen, wobei er auch auf vieles Jureben seiner Braut die anderen Theilnehmer an dem Diebstahle verrieth. Wie das „M. Z.“ berichtet, ist die ganze, aus zehn Personen bestehende Diebes- und Helfers-bande hinter Schloß und Riegel. Ein bedeutender Theil der aus den beiden Diebstählen herührenden Waaren wurde beschlagnahmt.

Der achte Verbandstag des Verbandes deutscher Post- und Telegraphen-Assistenten wird in Berlin am Sonnabend, den 6. und Sonntag, den 7. August, stattfinden. Unter den An-tragen zum Tage sind hervorzuheben: das Verbandsorgan, die „Deutsche Postzeitung“ wöchentlich, statt wie bisher zweimal im Monat erscheinen zu lassen, die Herausgabe einer Parliaments-münzener des Organs, die Errichtung eines Rechtshofes mit Rück-sicht auf die Einführung des bürgerlichen Gesetzbuches, die Ein-richtung einer Person-, Wittwen- und Waisengeld-Zuschußkasse sowie einer Feuerversicherung auf Gegenseitigkeit, die Bildung eines Ehrenraths etc.

Eisenbahn-Bureaufratse. Und wird geschrieen: Seit dem 1. Mal d. J. ist es den Vorortbewohnern gestattet, auf Wochen-billets jeden Zug zu benutzen, d. h. nicht nur die Züge vor 8 Uhr

vormittags und nach 4 Uhr nachmittags, sondern auch die Züge während der übrigen Tageszeit, ausgenommen hier von sind die Züge, welche die Stadt- und Ringbahn benutzen. Während also z. B. die Vorortbewohner der Strecke Berlin-Ernster zu jeder Tageszeit auf Wochenkarten fahren können, dürfen die Bewohner der Strecke Berlin-Königsplatz nur vormittags vor 8 und nachmittags nach 4 Uhr fahren, weil diese Züge, von Charlottenburg kommend, nicht über Vorort-Gelände, sondern über Stadtbahn-Gelände geleitet werden. Warum derartige Unterschiede zwischen den Vor-orten, welche doch nicht im Stadt- und Ringbahn-Monatsabonnement von 4,50 M. mit einbegriffen sind, gemacht werden, ist gewiß schwer verständlich und soll lediglich an der schweren Zugänglichkeit der obigen Verwaltung liegen.

Der mit 8000 Mark flüchtige Postassistent Wilhelm Dehne aus Potsdam soll in Wien verhaftet worden sein. Man fand noch 6000 Mark bei ihm.

Bei dem Brande des Strohhafens auf der Spree, worüber wir gestern berichteten, sind die Aufräumungsarbeiten noch nicht beendet. Der größere Theil der von der Feuerwehr aus dem Kahn geschafften Strohladung lagert noch auf dem Damme des Humboldt-Hafens. Auch der für eine fernere Verwendung kaum mehr geeignete, an den Seiten vollständig verholzte Kahn konnte noch nicht geleert und fortgeschafft werden. Vor dem Brandort hielt auch gestern die Feuerwehr. Der an der Eisenbahnstraße über den Humboldt-Hafen entstandene Schaden ist erheblich, so daß auch gestern noch die Stadt-bahnzüge nur im langsamsten Tempo die Brücke passieren durften. Die Balken sind vollständig verholzt und müssen ausgewechselt werden, was wegen des starken Verkehrs über die Brücke nur während der Nacht geschehen kann.

Ein lebhaftes militärisches Treiben herrschte gestern auf allen Bahnhöfen. Landwehrmänner aus Berlin wurden in großer Truppe vom Dienstgebäude an der General-Papestraße nach der Bahnhöfen geleitet und mit Sonderzügen den Provinzial-Infanterie-Regimenten zu einer vierzehntägigen Übung zugeführt. Mit großem Vergnügen werden die Landwehrleute wohl gerade nicht aus ihrer Beschäftigung herausgehoben sein.

Auf eine recht sonderbare Art ist einem Wähler des 5. Wahl-kreises in der Steinstraße das Wahlrecht genommen worden. Der betreffende war am 2. Mai von Mummelburg nach Berlin gezogen und hatte, da er in Berlin als Wähler in der Liste nicht aufgeführt war, durch Protest nachträglich die Eintragung erlangt. Umso mehr war er überrascht, als ihn am Wahltag der Wahlvorsteher zurück-wies mit der Begründung, daß am 3. Juni gegen seine Eintragung Einspruch erhoben sei; man verwies ihn nach Mummelburg, seinem Wohnort vor dem 2. Mai. Doch auch hier war der Wähler nicht eingetragener und kam somit um sein Wahlrecht. Der Wähler wird sich nun nochmals beschwerend an den Magistrat wenden und dürfte wohl zu erwarten sein, daß nunmehr seinem berechtigten Ver-langen nach stattgegeben wird.

Kiehlings Wanderbuch für die Mark Brandenburg und angrenzende Gebiete, bearbeitet von Dr. E. Albrecht und Dr. W. Gruppe, 3 Theile mit 43 farbigen Karten für 5 M., Verlag von Alexus Kiehl in Berlin SW., ist wiederum in neuer Auflage Theil I in vierter, Theil II und III in dritter erschienen. Das Werk ist bei allen, welche als Radfahrer oder Fußwanderer die landschaftliche Schönheit der Mark schätzen und lieben gelernt haben, gut renommirt und darf als der beste Führer in seiner Art be-zichnet werden. Vielfache Verbesserungen haben die neuen Auf-lagen besonders zuverlässig und werthvoll gemacht.

Herr W. Lehmann, Kopenstr. 69, beabsichtigt, einen wissen-schaftlichen Sittenunterrichtskursus für Dissidentenkinder im Alter von 12-16 Jahren zu eröffnen. Ein Lehrer wird den Unter-richt erteilen. Eltern, welche ihre Kinder an dem Unterricht theil-nehmen lassen wollen, erfahren das Nähere über denselben, sowie über Art und Zeit desselben bei dem Genannten. Die Anmeldungen der Kinder müssen jedoch baldigst erfolgen.

Mit eigener Lebensgefahr haben in vorletzter Nacht mehrere muthige Männer in Nixdorf zwei Kinder und deren Mutter vom sicheren Tode des Verbrennens gerettet. Gegen 1/2 Uhr wurde in Nixdorf „Feuer“ geblasen. In der Berlinerstraße vorübergehende Passanten stürzten auf den Hof des Gartengrundstücks, wo in der zweiten Etage des linken Seitenflügels helle Flammen zum Fenster hinauslodereten. Schnell erschlossen eilten die Passanten die Treppe hinauf, schlugen die Thür ein und holten die vor Rauch und Schreck ohnmächtig gewordenen Frau des Arbeiters Kunze, sowie deren mitten im Feuer schlafende Kinder heraus. Alldann wurden die anderen Hausbewohner, da die Treppenzugänge verqualmt waren, mittels schnell herbeigeholter Leitern herunter-geholt. So gelang es, etwa zehn Personen in Sicherheit zu bringen. Erst als hinförmige Menschen vielleicht eine Viertelstunde lang Ver-suche angestellt, erschien die Nixdorfer Feuerwehr und bald darauf die Berliner Wehr mit einem Zuge. Nach einstündiger Löschthätigkeit war das Feuer zum Stillstand gebracht.

Treppe-Sternwarte. In dieser Woche erscheint wieder der Mond auf dem Beobachtungsprogramm der Treppe-Sternwarte. Er ist in bequemer Abendstunde zuerst von 8-9 Uhr und am Ende der Woche von 8-10 Uhr zu sehen. Der Jupiter nähert sich jetzt immer mehr der Sonne, so daß er nur noch kurze Zeit sichtbar bleibt. Sonntag nachm. 5 Uhr spricht Direktor H. E. Archenhold unter Vorgeigung zahlreicher Lichtbilder von Kometen und Stern-schuppen über: „Was haben wir von dem prophezeiten Welt-untersinken im Jahre 1899 zu halten?“, abends 7 Uhr über „Die Bewohner der Welten“.

Feuerbericht. Donnerstag Abend 11 Uhr erfolgte gleichzeitig Alarm nach Bilsenowstr. 4 und Richard Wagnerstr. 9. Im ersten Falle brannten Hölzer und Hobelspanne in einer Leimküche, im andern Falle handelte es sich um einen Wasser-rohrbruch. Freitag früh 11 Uhr wurde die Wehr nach Nix-dorf gerufen, wo Berlinerstraße 104 in der zweiten Etage des linken Seitenflügels Feuer ausgebrochen war, das bei seiner enormen Verqualmung sämmtlicher Räume der Hausbewohner leicht gefährlich werden konnte. Verschiedene Personen mußten auf Leitern herabgeholt werden. Möbel, Fußboden und Balkenlage wurden zerstört, auch erlitt das Haus beträchtlichen Schaden. Kurz darauf mußte Straßener Allee 31 ein Dachstuhlbrand abgelöscht werden, der große Ausdehnung nicht erlangte.

Gewichts-Beitrag.

Die vielfach erörterten Unregelmäßigkeiten, welche in der Talle'schen Kochanstalt auf dem Zentralviehhof vorgekommen sein sollen, haben zu einer umfangreichen Anklage wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittel-Gesetz in Verbindung mit Uebertretung der Polizeiverordnung vom 4. Juni 1898 geführt, welche gestern vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I ver-handelt wurde. Es befanden sich folgende Personen auf der An-klagebank: 1. der Schankwirth August Otto zu Köpenick, 2. Schlächtergeselle Paul Thiele, 3. Schlächtergeselle Max Bolter, 4. Lohnschläger Otto Böhl, 5. Waffelher Max Wiesner, 6. Restaurateur Ernst Berl, 7. Schlächtermeister Hermann Vothe, 8. Handlungsgehilfe Edgar Talle, 9. Verkäufer Emil Döring und 10. Schlächtermeister Franz Krause. — Im Jahre 1893 ließ das Viehhofs-Kuratorium auf dem Viehhofe eine Kochanstalt errichten, welche dem Kommissionär und Stadtb. Talle in Pacht ge-gaben wurde. Schwach tuberkulöses Rindfleisch, sowie schwach fäulnisiges Schweinefleisch ist zur menschlichen Nahrung geeignet, nach-dem die darin befindlichen gesundheitsgefährlichen Keime durch längeres Kochen des Fleisches unter Anwendung starker Siedehitze zerstört worden sind. Das gekochte Fleisch wird meist vom ärmeren Publikum gekauft. Im Juni v. J. wurde der Schankwirth Otto abgesetzt, als er eine größere Menge ungekochten tuberkulösen Rindfleischs nach Hause schleppen wollte. Bei der großen Gefahr, die hierin für das Publikum lag, ging die Behörde ernerthals vor. Die beiden An-

Wegen vorgerückter Saison!!!

Grosse Preis-Ermässigung

in Herren-, Burschen-, Knaben-Anzügen, Damen-Konfektion, Kleidern, Morgenröcken und Blousen.

Waschstoffe Meter schon von **20 Pf.** an.

Organdys-Battiste " " " **35** " "

Garnirte Hüte, Sonnenschirme spottbillig.

Begründung des Geschäfts 1878.

M. Schulmeister

Schneidermeister, Dresdenerstr. 4, Hauptstrasse 143, Kottbuscher Thor, Schöneberg.

Sommerpaletots in guten Diagonal-, Kamming-, von Satin- und Cheviot-Stoffen R. 13-30

Jaquet-Anzüge in guten, haltb. Zwirnstoffen, glatten Diagonal-, Kamming-, Satin- und Cheviotstoffen, 1- und 2reihig modernster Farben in Satin- u. Cheviot-Stoff, eteg. Ausführung R. 16-35

Sacco-Anzüge in guten, haltb. Zwirnstoffen, glatten Diagonal-, Kamming-, Satin- und Cheviotstoffen, 1- und 2reihig modernster Farben in Satin- u. Cheviot-Stoff, eteg. Ausführung R. 20-36

Mod-Anzüge in guten, haltb. Zwirnstoffen, glatten Diagonal-, Kamming-, Satin- und Cheviotstoffen, 1- und 2reihig modernster Farben in Satin- u. Cheviot-Stoff, eteg. Ausführung R. 25-38

Gehrock-Anzüge von feinen Satin-, Tuch- und Kamming-Stoffen, 2reihig R. 30-45

Sport- u. Radfahrer-Anzüge in nur guten haltbaren Stoffen, Cheviot- und Zwirnstoffen R. 10-20

Jünglings-Anzüge in Satin-, Diagonal-, Kamming-, u. Cheviot, 1 u. 2reihig, von R. 10-20

Havelock, Staub- u. Reijemäntel zu den billigsten Preisen.

Wald-Anzüge, Cademir- und Jaquets in großer Auswahl zu sehr billigen Preisen.

Maschinen-Anzüge in allen Größen . . . von 3 Rl. an.

Beinkleider in dauerhaften, wolk. Stoffen, verschiedenen Farben, Kamming und Cheviot, von Rl. 5-10

Knaben-Anzüge, Kleidsame Façons in großer Auswahl.

Schul-Anzüge in Cheviot, Belour- und dauerhaften Zwirn-Stoffen, 1- und 2reihig . . . von 5 Rl. an.

Verstellungen nach Maß von englischen, französischen und deutschen Stoffen werden in eigener Werkstatt unter meiner persönlichen Leitung gut und billig ausgeführt. Bitte genau auf Firma und Hausnummer zu achten.

Streng reelle Bedienung.



Hüte, Schirme.

Gewähre den Genossen bei Vorzeigung dieser Annonce 5 pSt. 4659L*

Otto Gerholdt, 2 Dresdenerstr. 2, Ecke Stolperstraße.

Zu Brauerei Pichelsdorf. Anzüge, Sommerfesten u. f. w. empfiehlt sich. Defonon: Otto Starck.

Wohin Freund auf Pichelswerder. machen wir unsere Landpartie (per Kreuzer oder per Schiff)? Zum alten Bei Gesellschaften Bräuden-Rückgang vergütet.

Restaurant Jägerhäuschen, Saatwinkel, 88965. empfiehlt alten schattigen Garten, gr. Saal mit Bühne, Kegelbahnen, Kaffeeküche zu Landpartien für Vereine u. Gesellschaften. L. Liesen.

Brauerei-Ausschank der Victoria-Brauerei, Stralau. Spezialitäten- und Theater-Vorstellung. Jeden Sonntag und Donnerstag: **Großes Garten-Konzert** und im elektrisch erleuchteten Riesenpaal: **Grosser Ball.** Die Kaffeeküche ist den geehrten Damen von 2 Uhr an ununterbrochen geöffnet. Für gute Speisen und Getränke habe ich bestens Sorge getragen. Um recht regen Zuspruch bittet hochachtungsvoll **Karl Mittag, Defonon.** 52612*

Fr. Domning's Neuer Krug Station Neu-Rahnsdorf an der Oberpree zwischen Müggel- und Damerischee. Ueberfahrt nach: Grünau, Müggelheim, Gosen. Schönstes und grösstes Lokal der Oberpree an herrlichem Wald, besonders geeignet für Gesellschaften und Vereine. **Grosser Park, Neuer Tanzsaal, Spielplätze, Billard, Kegelbahn, Ruderboote.** Vorzügliche Küche. Hiesige und Münchener Biere. Feine Weine. **Kegelbahn.** **Riesen-Schinkenstullen.**

Zahlstellen u. Vereine haben noch Platz: Brangierstr. 136, in W. Grube's Familienheim.

C. Joël's Victoria-Garten SO., Köpnicke Landstraße Nr. 4, unmittelbar am Treptower Park. Telefon: Amt 4, No. 2724. **Grosser Saal, Konzert-Garten, geschützte Veranden** für Vereine u. Festlichkeiten 6000 Pers. fassend, 11 Kegelbahnen, Kaffeeküche und allerlei Belustigungen. 46512* **Gaststube der Elektrischen Eisenbahnen (Ziemen's u. Halste):** von der grossen Berliner Pferde-bahn und der Stadt- und Ringbahnstation Treptow 2 Minuten entfernt.

Frische Fische, gute Fische empfiehlt die Verkaufsstelle der Deutschen Dampfschifferei-Gesellschaft „Nordsee“ im Bahnhof Börse, Bogen 9-10 von täglich frischer Zufuhr aus ihrem eigenen Fischerlo-hafen und in eigens hierfür erbauten Kühlwagen.

Nachdem der Fang anhaltend sehr ergiebig, treffen täglich 1-2 Waggons (100-200 Ztr.) ausgewählte lebendfrische Fische ein und verkaufe diese Woche

- Cabliau 15-18 Pf., (also ohne Kopf) 25 Pf. pr. Pfd.
- Rohzungen, bester Ersatz für Seezungen, 30 . . .
- Grosse Schollen (Goldbutten) sehr fein! 25 . . .
- Bratflundern (Nal-schollen) 17-20 . . .
- Knurrhahn (Seeforelle), vorzüglicher Brat- u. Bierfisch 25-30 . . .
- Seelachs 18 Pf., im Ausschnitt 25 . . .
- Seehecht sehr wohlschmeckend und fast grätenlos, 30 Pf. i. Ausschnitt 38-40 . . .
- Schellfische, grosse 15-20, mittl. 15-17 . . .
- Heilbutten (Riesen-exempl.) 45 Pf. i. Ausschnitt 55-60 . . .
- Steinbutten 0,90-1,20 M. und Seezungen 0,90-1,60 M. . .
- Petermann (Rougé) 40 Pf. . . .
- Goldbarsch (bester Ersatz für Zander) 25-30 . . .
- Laberdahn 40
- Delikatess-Bratschellfisch (gebraten u. mariniert) in 3,25 M. Blochdosen v. 17 Pfd. à 1,75 M. kleinere 8 Pfd. à 1,75 M.

Geräucherte Fische: Flundern 60 Pf., Schellfische 25 Pf., Seelachs 50 Pf., See-Aal 60 Pf., Roche, bester Ersatz für Stör, 50 Pf. Knurrhahn 50 Pf. pro Pfund.

Fischkochrezepte gratis! Johs. Skorezyk, Vertreter. NB. Seefisch ist das billigste Volksnahrungsmittel, ersetzt das Fleisch vollständig und ist überaus wohlschmeckend.



Herren-Hüte 85 Pf. Bessere Güte enorm billig, verkauft aus der Fabrik im Komptoir 50760* u. n. r. Barnim-Strasse 4/5, Sonntag geöffnet

Leinöl zu Fliegenködern, Litter 55 Pf., Waldemarstr. 14, 39956*

Dr. med. Schaper, prakt. homöopath. Arzt u. Spezialarzt f. Haut-, Gorn-, Geschlechtsleiden, Frauenkrankheiten. Spr. 9-1, 4-8. **Schöneberger Ufer 25.**

Homöopath. Poliklinik: Montag, Mittwoch, Sonnab. 10-7. 8. **Große Hamburgerstr. 20. I.**

Specialärztl. Institut Dr. B. Lasker 42 Alexanderstr. 42 (am Alexanderplatz). Spec. operationsloses Heil-Verfahren ohne Verbandsbindung für **Beinleiden.** Erythroie Methoden bei Flechten, Lupus und anderen **Hautleiden.** Tägl. 9-12, 3-6. Freitag und Sonntag 9-12.

Kinderwagen Kranken-, Puppen-, Sport-, Kasten-, Leiter- u. Liegenbo-dwagen, Kinderklopp-stühle, Kinder-Holz-möbel. Sammelnde Karbonaren. Teil-zahlung nach Ueber-einkunft. **Brannenstrasse 95,** vis-à-vis Humboldtthal, a. Nordbahn. **Gesundbrunnen, Telefon III, 1767.**

Für Landpartien und Sommerfeste empfehlen wir in großer Auswahl: Stocklaternen, Lampen, Fahnen, Papiermützen u. f. w., sowie Ver-lösungs-Gegenstände, Pöndler u. Vereine erhalten die billigsten Engros-preise. 53150*

S. & G. Saulsohn, Berlin C., Kaiser Wilhelmstraße 19a.

Empfehle allen Freunden und Bekannten mein **Weiß- u. Bairisch-Bier-Local,** 2 große Vereinszimmer zu 100 Pers. m. Pianino für Vereine, kleine Versammlungen u. Festlichkeiten. 50772* **W. Lorenz, Seltstr. 43.**

Gasthof zu den drei Linden Köpenick, Grünauerstr. 16. **Garten, Kaffeeküche, Ausspannung 46642*** **Hermann Görcke.**

Restaurant zur Erholung, Köpenick, Kaulsdorferstrasse, Gr. Frühstückstisch, Ferd. Pole.

Restaurant Linden-Garten, Köpenick, Grünauerstr. 7, Gr. Saal, Garten, Kaffeeküche, Frühst. Mitt- u. Abendbisch, C. Seidel.

Nonnenberg's Restaur., Treptow, Parkstrasse.

Großer Saal - Großer Garten. Jeden Sonntag: **Ball.** Empfehle mein Local zu Festlichkeiten.

Empfehle meine drei Restaurants: **Rübezahl,** am Müggelsee, **Tenfeltssee, Müggelberge, Marienlust,** a. d. Dahme, zwischen Grünau und Friedrichshagen, bei Fußpartien über die Müggel-berge. 47242*

C. Streichhan, Besitzer des Kaiserhofes Köpenick.

Restaurant Klugmann, Zur neuen Schenke 5101L* **früher Wagner's Ruh.** **Stummelsburg, Chausseehaus, Gr. Saal, Schatt. Garten, Naturwald, 5000 Pers. fass. Kegelbahnen, Kaffeeküche.**

Oberschöneweide. Empf. Freund. u. Genossen mein **Restaurant, Garten u. Kegelbahn, früher Grönau.** 52312*

Bruchmühle bei Alt-Sandberg Station Friederichsdorf, Ostbahn: **Gasthof A. Nagel.**

Großer Saal u. Garten, schönster Sommer-Ausenthalt, am Walde ge-legen, nahe der Straußberger Chaussee, zu Versammlungen und Landpartien empfohlen. 52312*

Lehe's Sommergarten, Weissensee, Berlinerstr. 143. (Gubitation der Pferdebahn.) **Morgen, Sonntag: 53790***

Großes Garten-Freikonzert. 3 verdeckte Kegelbahnen. Schönster Garten im Orte. Die Kaffeeküche ist von 3 Uhr an geöffnet. Nach dem Konzert im **Ballkampfer Freizeitanz.**

Rest. Bierdebut Köpenick, mittl. L. Laubwald, gr. Spielpl., Turmgeräthe. **W. Magdeburg.**

Bad Monbijou Poliklinik (ärztl. Leitung) für Kräuter- und Wasserkur. Nerven-, Magen-, Lungen-, Haut-, Hals-, Rückenmarks-, Beinleiden, Hämorrhoiden, Rheuma, Ischia.

Poliklinik 10-12. Klinik 4-6. **Gr. Hamburgerstr. 20**

Todes-Anzeige. Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau und unsere gute Mutter **Auguste Krüger** nach kurzem schwerem Krankenlager am 16. d. M., nachm. 2 1/2 Uhr, sanft entschlafen ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 19. d., nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Genuel-Kirchhofs in Fallenberg statt. **Karl Krüger** nebst Kindern, 34096) Seltstr. 15.

Restaurant „Grüne Tzeit“ von Wilhelm Feidler, Cöpenick, Müggelheimerstr. 29. **Veget. Lokal.** Empfehle mein **Weiß- u. Bairisch-Bier-Local, Garten u. Ausspannung** bei Ausflügen nach den Müggelbergen, Müggelsee, Strandbisch u. f. w., da noch zur nächsten Restauration drei-vierel Stunde Weg ist. 5450L*

Für 2-3 Mark Beste sehr groß, zu Knabenanzügen, Richte zu Herrenanzügen, schöne Muster 7-10 R. Für 12 R. f. Cheviot- auch Kammingarreste, Paletot- und Cofenreste so lange der Vorrath reicht **im Riesenstoffsager** **Arauenstr. 14, I., kein Laden.**

Reell und billig kauft man in der Norddeutschen Schuh-fabrik von **W. Hittschke,** gegr. 1872, **Staltherstr. 13, Ecke Admiraalstrasse, am Kottbuscher Thor.**

Jede Uhr repariert und reinigt, blendend schöner Teint, rosiges jugendfrisches Aussehen, sammetweiche Haut, weisse Hände in kurzer Zeit durch „Creme-Benzoin“. Unübertroffen bei rother und spröder Haut, Sonnenbrand und Hautunreinigkeiten. Unter Garantie franco gegen Mk. 2,50, Briefmarken oder Nachn. nur durch **Reichel, Spec., Berlin, Eisenbahnstrasse 4.** [5420L*]

Schönheit zartes, reines Gesicht, blendend schöner Teint, rosiges jugendfrisches Aussehen, sammetweiche Haut, weisse Hände in kurzer Zeit durch „Creme-Benzoin“. Unübertroffen bei rother und spröder Haut, Sonnenbrand und Hautunreinigkeiten. Unter Garantie franco gegen Mk. 2,50, Briefmarken oder Nachn. nur durch **Reichel, Spec., Berlin, Eisenbahnstrasse 4.** [5420L*]

Möbel verlichen gewesene und neue, stannend billig, **Teilszahlung gestattet.** Besuchen ohne Anschaffung. 49352* **Neue Königstraße 59** und **Queisenaufstraße 15.** **Klempnerrei,** alte, gangbare, für Gas und Wasser wegen Krankheit sofort billig zu über-nehmen. Tiefstr. 21. 39772*

Restaurant z. verkaufen i. Friedrichs-berg, **Blumenhainstr. 45, Pr. 1200 Rl.** **Eck-Grundstück** billig z. verk. **Geschäft, Bauhalle, Weidensee, Straß-burgerstr. 44, Wwe. Wittmann.** [39945]

Schlafst. möbl. **Härtelstr. 2, 4 Tr. r.** **Schlafst. mit sep. Eing. u. Boden,** **Marlgrafenstr. 9, Duergh. I.** 34048*

Arbeitsmarkt. Gedülte Belegerinnen und tüchtige Bergarbeiterinnen sucht **Wertmeister, Brannenstraße 194.** 39915

Karton-Fabrik. Tüchtige Arbeiterinnen finden bei guten Arbeitslöhnen dauernde Beschäftigung. 34045 **Theodor Nathan, Stallhändlerstr. 29.**